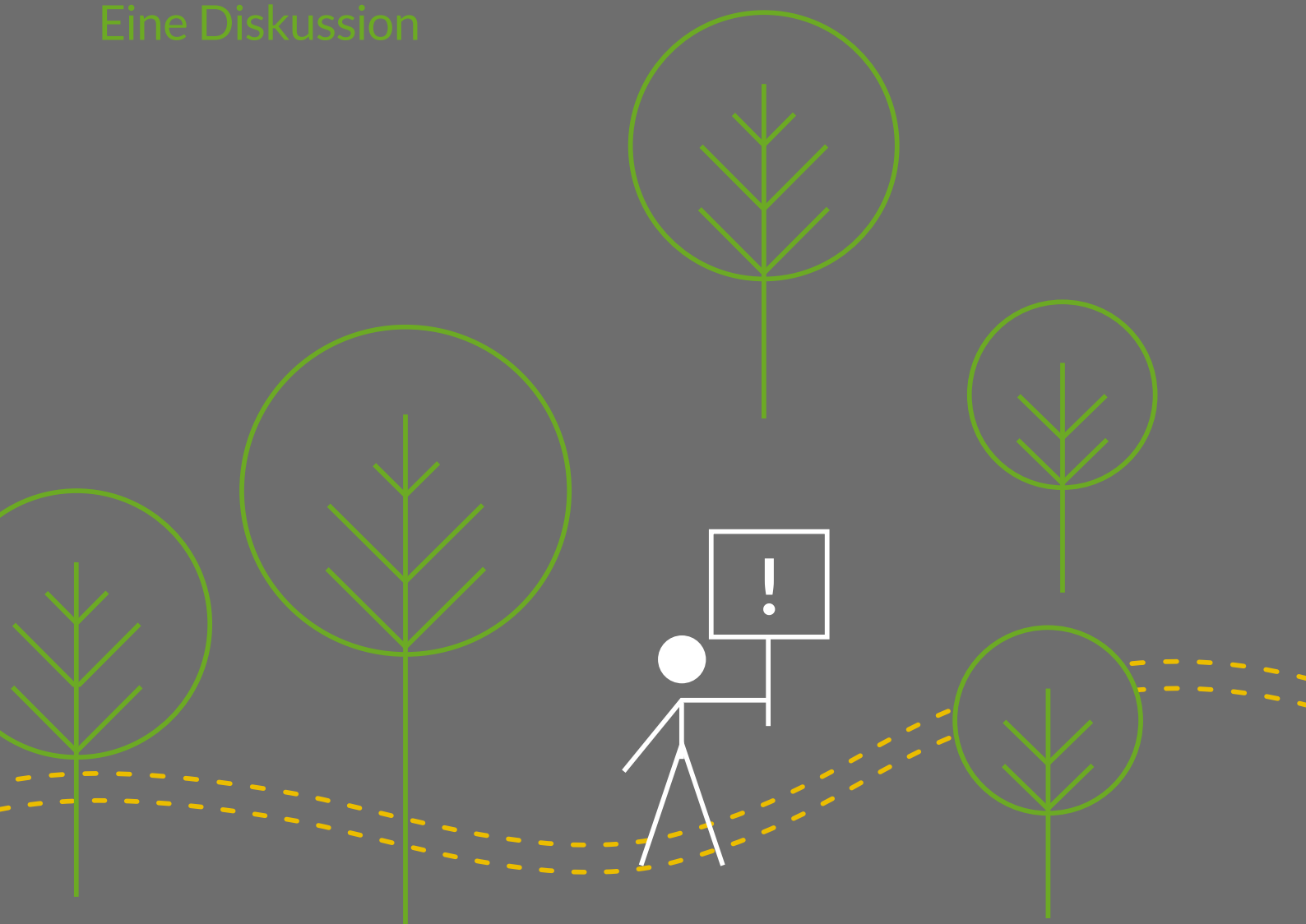
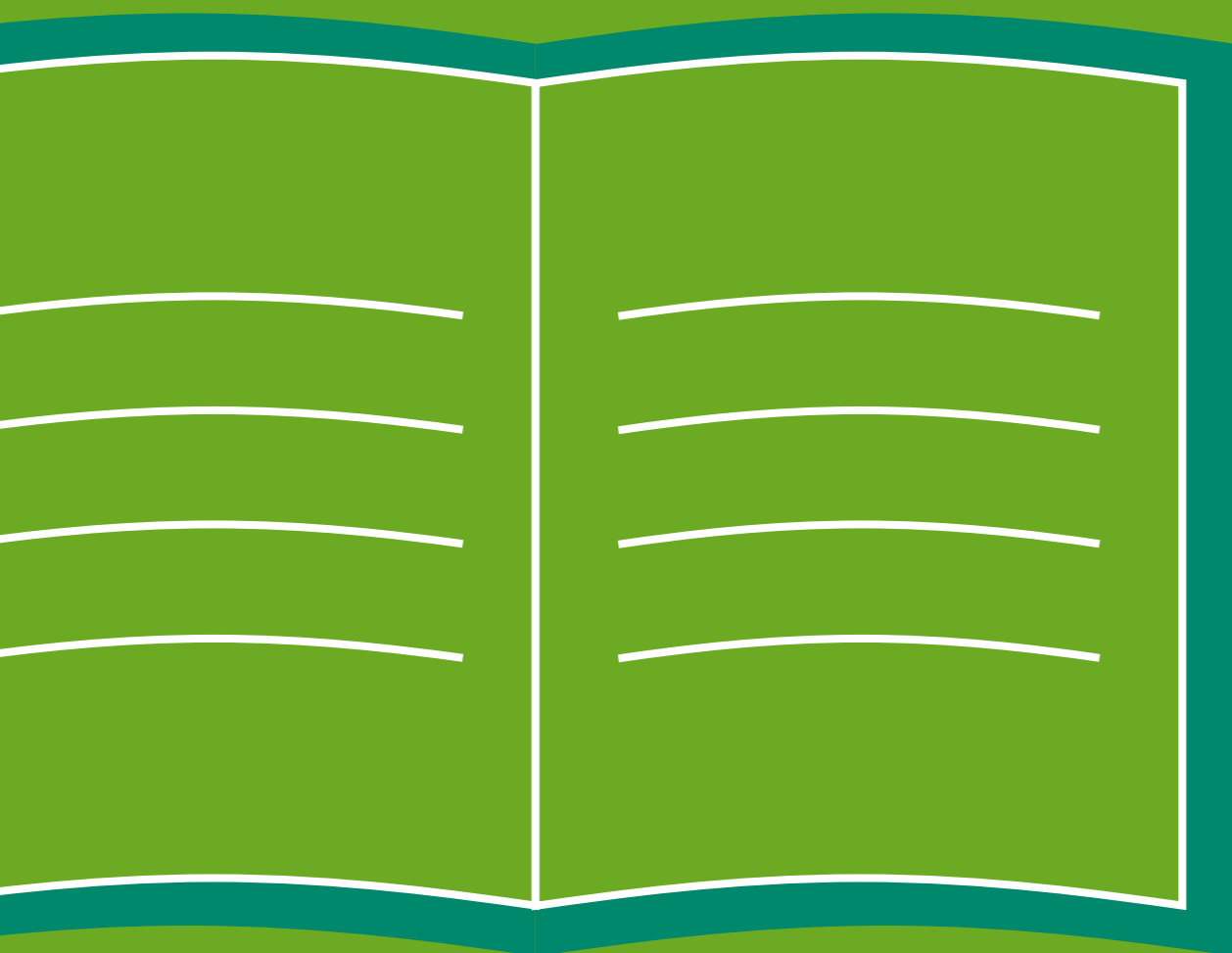


Aspekte Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Natur- und Umweltschutz

Eine Diskussion





Inhalt

Vorwort	4
Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Menschen- und Naturbild der extremen Rechten <i>Manuela Freiheit & Wilhelm Heitmeyer</i>	5
Dasselbe in Grün: Warum Naturschutz keine neuen Kolonialherr*innen braucht <i>Linda Poppe</i>	9
Nicht nur Schnickschnack im Cocktailglas – das Verbot von Plastikstrohhalm diskriminiert Menschen mit Behinderungen <i>Raul Krauthausen</i>	13
Tiere schützen, Menschen töten? Wie der australische Philosoph Peter Singer „Euthanasie“ mit „Tierrechten“ und „Anti-Speziesismus“ verbindet <i>Michael Zander</i>	15
Rassismus und Klimawandel <i>Felix Riedel</i>	20
Weniger Klimawandel durch weniger Menschen? Feministische Kritik am neomalthusianischen Revival <i>Daniela Gottschlich & Susanne Schultz</i>	24
Inklusiv oder exklusiv? Die Postwachstumsbewegung zwischen Elite und Ideal <i>Viola Nordsieck & Marius Hasenheit</i>	30

Vorwort

Ein Blick auf die aktuellen politischen Entwicklungen in Deutschland und Europa offenbart nur allzu deutlich, was wir eigentlich alle längst hätten wissen können: Der Extremismus-Begriff hat uns in die Irre geführt. Die Gefahr für Demokratie und Menschenrechte geht nicht von einigen Wenigen und nicht von den gesellschaftlichen Rändern aus. Die „Mitte der Gesellschaft“ war und ist kein Ort der Weltoffenheit und Toleranz. Antidemokratische Dynamiken finden sich genau hier.

Schon 2006 wies die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung *Vom Rand zur Mitte* darauf hin, dass vor allem von Anhänger*innen der demokratischen Parteien rechtsextreme Ideologien, wie etwa die Abwertung von Menschen(gruppen), Chauvinismus, Autoritarismus und Sozialdarwinismus, vertreten wurden. Die Langzeitstudie des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld sowie die seit 2006 alle zwei Jahre erscheinende *Mitte Studie* bestätigten immer wieder diesen Zustand und dokumentierten zudem den Anstieg an Gewaltbereitschaft und -akzeptanz in der gesamten Bevölkerung.

Rassistische, sexistische, behindertenfeindliche und andere menschenverachtende Haltungen, Strukturen und Handlungen finden sich überall in unserer Gesellschaft. Folglich ist der Natur- und Umweltschutz hiervon nicht ausgenommen. Auch hier finden sich Denkmodelle und Vorgehensweisen, die den Grundsätzen der Demokratie (zum Beispiel Minderheitenschutz, Achtung der Menschenrechte) zuwiderlaufen. Meist geschieht dies unwissentlich und unabsichtlich.

Als starke zivilgesellschaftliche Kräfte tragen auch die Umweltverbände und Naturschutzorganisationen Verantwortung für das gesellschaftspolitische Klima. Sie können im Angesicht multipler Krisen (Klimawandel, Erosion der biologischen Vielfalt, zunehmende Fluchtursachen, Ressourcenverknappung, soziale Spaltung) ein Wegweiser sein. An der Schnittstelle zwischen Natur und Kultur können sie aufzeigen, dass der Ausweg nicht Regression, sondern Emanzipation heißt. Denn das Gute Leben für alle ist nur zu bekommen, wenn weiterhin an emanzipatorischen Veränderungen, wie sie zum Beispiel das Konzept der sozial-ökologischen Transformation beinhaltet, festgehalten wird.

Die vorliegende Broschüre richtet sich an Aktive im Natur- und Umweltschutz. Sie bietet den Leser*innen die Möglichkeit, sich anhand von Debattenbeiträgen mit Aspekten *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* im Natur- und Umweltschutz auseinanderzusetzen. Gleichzeitig gibt sie Denkanstöße und eröffnet Perspektiven, wie demokratiefördernder und menschenrechtsbejahender Natur- und Umweltschutz gestaltet werden könnte.

Malin Holtmann
Bundesleiterin der
Naturfreundejugend
Deutschlands

Wendelin Haag
Bundesleiter der
Naturfreundejugend
Deutschlands

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Menschen- und Naturbild der extremen Rechten

Naturschutz und Rechtsextremismus stellen für viele Menschen Gegensätze dar. Sie verbinden Natur- und Umweltschutz mit einem alternativen Lebensstil, mit demokratischen Werten und dem Einsatz für Menschenrechte. Dabei ist das Interesse rechtsextremer Akteur*innen an Themen des Umwelt- und Naturschutzes nicht neu. Die Traditionslinien reichen bis weit in die Romantik zurück. Auch in der aktuellen Geschichte der Bundesrepublik bietet der Natur- und Umweltschutz als Politikfeld immer wieder Anknüpfungspunkte für rechtskonservative bis rechtsextreme Akteur*innen. Neu ist jedoch, wie die gemäßigte und extreme Rechte in jüngerer Zeit Ideologie und Praxis verbinden: „Braune Grüne“ nehmen sich verstärkt lokaler Konflikte an, marschieren auf Demonstrationen gegen geplante Kohlekraftwerke oder Tiermastfabriken, verteilen Flugblätter gegen Gentechnik oder beteiligen sich an Castor-Blockaden. So heißt es etwa auf der Homepage der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“:

„Heimatverbundene Politik ist seit jeher auch Umweltpolitik. Ohne eine umweltfreundliche Politik ist jedes Volk in seiner Substanz gefährdet. Dem Naturschutz müssen daher wirtschaftliche Interessen untergeordnet werden. Hemmungsloses Wirtschaftswachstum, radikale Landschaftsveränderungen, gigantische Industrieprojekte, Industrialisierung der Landwirtschaft, Verstädterung ganzer Regionen sowie die Vernichtung gewachsener Stadtstrukturen werden durch die volksfeindlichen Parteien, Verbände und Interessengruppen vorangetrieben. Die einseitige Ausrichtung an materiellen Werten führt zwangsläufig zur Vernichtung aller traditionellen Bindungen und Kulturen. Der Mensch wird von seiner Umwelt entfremdet und enturzelt, und verliert folglich seine Identität.“¹

Ganz ähnlich argumentiert die NPD. Auch sie zog 2017 mit dem Slogan „Umweltschutz ist Heimatschutz“ in den Wahlkampf ein. Dabei forderte sie nicht nur eine umweltbewusste Energie- und Verkehrspolitik, sondern sprach sich für eine biologische Landwirtschaft ebenso aus wie gegen Atomkraft, Gentechnik und für die Stärkung des Tier- und Artenschutzes. Die Grundmelodie wird bestimmt durch die Verbindung von Reinheit des Volkes und der Natur.

Bewegende Themen als Anknüpfungspunkte rechtsextremer Propaganda

Insbesondere reißerische Schlagzeilen und Artikel zu sogenannten Neophyten und Neozoen² bieten hierbei willkommene Einfallstore für rechte Argumentationsstrukturen. So berichtete etwa Spiegel Online: „Schnecken, Kröten, Stauden: Invasive Arten von anderen Kontinenten zerstören Ökosysteme, gefährden die Gesundheit und verursachen Schäden in Milliardenhöhe. Jetzt will die EU den Kampf gegen die Aliens im Ökosystem aufnehmen“ (Patalong 2014). Hinzu kommen nicht selten Charakterisierungen, die oftmals unbedacht ein rassistisches wie nach rechts anschlussfähiges Vokabular bedienen. So etwa, wenn von „hinterlistigen Tierchen“ wie dem Grauhörnchen die Rede ist, welches das „heimische Eichhörnchen mit Pockenviren infiziert“ (Maier 2009). Der Schritt zu neu-rechten Verschwörungstheorien wie der „Umvolkung“ oder dem „Volkstod“ ist dann nicht mehr weit.

Die Strategie dahinter ist immer die gleiche: Mit Hilfe sozial-ökologischer Themen versuchen rechtsextreme Akteur*innen, ihr biologisches, rassistisches und antisemitisches Weltbild in breiteren Bevölkerungsschichten salonfähig zu machen. Dazu

¹ Vergleiche <https://der-dritte-weg.info/2016/08/umweltschutz-ist-heimatschutz/>, zuletzt aufgerufen am 31.10.2018.

² Als Neophyten werden Pflanzenarten bezeichnet, die durch den Einfluss des Menschen in eine für sie neue Region gelangt sind. Der Begriff ist aus dem Griechischen abgeleitet und bedeutet so viel wie „Neu-Pflanzen“. Die entsprechenden Tiere werden als Neozoen bezeichnet.

werden vermeintliche naturwissenschaftliche Fakten linear auf menschliche Gesellschaften übertragen, die ebenso wie die Natur vor „fremden“ Einflüssen zu schützen seien. Oder anders formuliert: Wenn etwa vom „artgerechten Leben“ die Rede ist, geht es aus Sicht der rechtsextremen Akteur*innen nicht allein darum, im Einklang mit der Natur diese so wenig wie möglich zu schädigen. Es geht vielmehr auch und vor allem um die „Reinhaltung des eigenen Volkes“ (vergleiche Heinrich 2014). Die menschliche Kultur ist so verstanden keine historische, intellektuelle Entwicklung, sondern ein biologisches Naturgesetz, das in der „Blut und Boden“-Ideologie seine nationalsozialistische Zuspitzung fand.

Die gemäßigte und extreme Rechte

Als soziale Bewegung vereint der moderne Rechtsextremismus dabei ganz unterschiedliche Gruppen, Organisationen und Strömungen.³ Hierzu gehören, neben rechtsextremen Parteien wie NPD und „Der III. Weg“, autoritär-nationalradikale Fraktionen wie die AfD, reaktionäre soziale Bewegungen wie „Pegida“, völkische Siedler*innen im ländlichen Raum, Kameradschaften sowie rechtsnationale Burschenschaften zur Traditionspflege mit Bildungs- und Wirtschaftseliten. Hinzu kommen milieuorientierte Publikationen wie die „Junge Freiheit“, das „Querfront“-Magazin „Compact“, das Umweltmagazin „Umwelt und Aktiv“ (U&A) sowie die Theoriezeitschrift „Sezession“, um prominente Varianten zu nennen, die für die ideologische Vielfalt und thematische Anschlussstellen sorgen (vergleiche Heitmeyer 2018). Seit Mitte 2017 ist auch die Zeitschrift „Cato, Magazin für neue Sachlichkeit“ hier einzureihen, ebenso „Think Tanks“ wie die „Konservative Bibliothek“ und das „Institut für Staatspolitik“, auch wenn sich diese anderer Formen des Pro-

tests bedienen, um ihre Forderungen zu artikulieren (vergleiche Schedler 2016).

Braune Ökologie als Spielart Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

Alle genannten Varianten zehren dabei vom gesellschaftlichen Vorrat an *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* (Heitmeyer 2002). Wie auch Vorurteile bezieht sich *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* auf kein individuelles Feindschaftsverhältnis, sondern auf ein Konglomerat aus abwertenden Einstellungen gegenüber Personen allein aufgrund ihrer gewählten oder zugewiesenen Gruppenmitgliedschaft und unabhängig von ihrem individuellen Verhalten. Gordon Allport brachte diese Definition von Vorurteilen bereits 1954 auf den Punkt: „von anderen ohne ausreichenden Grund schlecht zu denken“.

Zugleich ist mit dem Syndrom der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* die Annahme verbunden, dass es sich bei den verschiedenen Vorurteilsformen – wie zum Beispiel Rassismus, Muslimfeindlichkeit, Antisemitismus, Sexismus oder der Abwertung homosexueller, behinderter, langzeitarbeitsloser oder obdachloser Menschen – um verschiedene Elemente eines bestimmten Phänomens handelt. Das heißt, dass unterschiedliche menschenfeindliche Einstellungen nicht nur ähnliche Ursachen aufweisen, sondern auf einen gemeinsamen, als Ideologie der Ungleichwertigkeit bezeichneten Kern zurückzuführen sind (vergleiche zum Beispiel Heitmeyer 2012). Empirisch zeigt sich das beispielsweise in signifikanten Zusammenhängen zwischen Antiziganismus und Muslimfeindlichkeit (das heißt, wer abwertende Einstellungen gegenüber Roma und Sinti vertritt, ist auch mit einer höheren Wahrscheinlichkeit feindselig gegenüber

Muslim*innen eingestellt und umgekehrt), auch wenn dies zwei unterschiedliche Phänomene mit jeweils eigener Geschichte, eigenen Ausdrucksweisen und unterschiedlichen Folgen für die Betroffenen sind (vergleiche Zick et al. 2016).

Gleichwohl gehen rechtsextreme Einstellungen jedoch nicht vollständig im Konzept der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* auf. *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* thematisiert vielmehr eine Relation zwischen rechtsextremen Gruppen und Milieus und einer sich selbst als demokratisch und bürgerlich verstehenden gesellschaftlichen Mitte. Oder anders ausgedrückt: Es gibt keinen Rechtsextremismus ohne *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* ohne Rechtsextremismus. Rechtsextremismus ist demnach zwar in der Mitte der Gesellschaft verankert, gleichzeitig stehen sich rechtsextreme Dominanzansprüche – wie etwa die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur – und gesellschaftliche Egalitätskonzepte diametral gegenüber (vergleiche van de Wetering et al. 2018). Zugleich bieten die Verbreitung und der Grad an *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* in der Gesellschaft jedoch einen wesentlichen Ansatz- und Bezugspunkt rechtsext-

remer Milieus. Diese Beobachtung ist deshalb so bedeutsam, weil der organisierte Rechtsextremismus sich dann besonders entwickelt, verankert und zu Aktionen bereit ist, wenn er Zustimmung in der Gesellschaft findet, um daraus Legitimationen für diskriminierendes oder gewaltsames Handeln abzuleiten. Für die Reinheit von Volk und Natur. Dies funktioniert umso besser, wenn es ihm gelingt, an gesamtgesellschaftliche und bewegende Themen wie dem Natur- und Umweltschutz anzuknüpfen und rechtsextreme Einstellungen in der Bevölkerung zu normalisieren.

Einstellungsmuster zur *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* in Teilen der Bevölkerung sind also nicht abzutrennen von den Aktivitäten der extremen Rechten.



Manuela Freiheit & Wilhelm Heitmeyer
 Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer (Senior Research Professor)
 war von 1996 bis 2013 Direktor des Instituts für
 interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG);
 Manuela Freiheit ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am IKG.

³ Das „rechte Spektrum“ kann mit Geiser und Kollegen (2016) in eine „extreme“ und eine „gemäßigte Rechte“ eingeteilt werden. Erstere umfasst sowohl rechtsradikale (demokratiekritische, xenophobe und nationalistische) als auch rechtsextreme (kämpferisch antidemokratische, völkisch-nationalistische, offen rassistische) Ausrichtungen, während letztere eher wertkonservativ ausgerichtet ist und dem Bereich der selbsternannten „Patrioten“ und „Zuwanderungskeptiker“ zugeordnet wird.

Dasselbe in Grün: Warum Naturschutz keine neuen Kolonialherr*innen braucht

Literatur

Allport, Gordon W. (1954): The nature of prejudice. Cambridge: Addison-Wesley.

Geisler, Alexander/Braun, Stephan/Gerster, Martin (2016): Strategien der extremen Rechten – Einleitende Betrachtungen. In: dies. (Hgg.): Strategien der extremen Rechten. (2., aktualisierte und erweiterte Aufl. 2016). Wiesbaden: Springer VS, S. 11–35.

Heinrich, Gudrun (2014): Außen grün, innen braun. Demokratiefeindlicher Naturschutz. In: politische ökologie, Heft 138, 2014, S. 54–59.

Heitmeyer, Wilhelm (2018): Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I. Berlin: Suhrkamp.

Heitmeyer, Wilhelm (2012): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem entsicherten Jahrzehnt. In: ders. (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 10. Berlin: Suhrkamp, S. 15–41.

Heitmeyer, Wilhelm (2002): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse. In: ders. (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 1. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 15–34.

Maier, Josephina (2009): Vorsicht, Fremde! Exotische Tiere und Pflanzen werden in Europa heimisch. Manche sind gefährlich. Die Zeit, Nr. 25/2009, 9. Juli 2009, <http://www.zeit.de/2009/25/N-invasive-Arten>, zuletzt geprüft am 01.11.2018.

Patalong, Frank (2014): Invasive Arten: EU sagt Öko-Aliens den Kampf an. Spiegel Online, 17.03.2014, <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/invasive-arten-eu-geht-gegen-einwanderer-ins-oekosystem-vor-a-957043.html>, zuletzt geprüft am 01.11.2018.

Schedler, Jan (2016): Die extreme Rechte als soziale Bewegung: Theoretische Verortung, methodologische Anmerkungen und empirische Analyse der Mobilisierung von rechts. In: Virchow, Fabian/Häusler, Alexander/Langebach, Martin (Hgg.): Handbuch Rechtsextremismus. Bd. 1. Wiesbaden: Springer VS, S. 285–324.

van de Wetering, Denis/Mietke, Hannah/Sigl, Johanna (2018): Ausstiegs- und Distanzierungsprozesse als Forschungsgegenstand in der (Rechtsextremismus-)Forschung. In: van de Wetering, Denis/Zick, Andreas (Hgg.): Soziale Formen von Gruppendruck und Einflussnahme auf Ausstiegswillige der „rechten Szene“. Eine qualitative Studie zur Bestimmung ausstiegshemmender Faktoren. Polizei + Forschung. Bd. 52. Hg. vom Bundeskriminalamt (BKA). Kriminalistisches Institut. Wiesbaden: S. 21–43.

Zick, Andreas/Krause, Daniela/Berghan, Wilhelm/ Küpper, Beate (2016): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002–2016. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela (2016): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Hg. f. d. Friedrich-Ebert-Stiftung v. Ralf Melzer. Bonn: Dietz, S. 33–81.

Nur wenige Menschen auf der Welt haben eine so enge Beziehung zu Waldelefanten wie die Angehörigen der Baka, eines indigenen Volkes, das seit Generationen vom Jagen und Sammeln im Regenwald des Kongobeckens lebt. Sie unterteilen die Elefanten in mehr als 15 verschiedene Typen je nach Alter, Aussehen, Geschlecht, Charakter, Stimmung und magischer Kraft. Viele Baka glauben, dass sobald sie tot sind, ihre Geister an der Seite des Elefanten wandern, wie die Hirt*innen, die sich um ihre Herde kümmern.

Doch die Baka wissen auch, dass es nicht gut aussieht für die Tiere. Schätzungen zufolge sind zwischen 2002 und 2012 mehr als 60 Prozent der Waldelefanten in Zentralafrika verschwunden; selbst wenn Wilderei heute aufhörte, würde es mindestens hundert Jahre dauern, bis sich der Bestand erholt. Die Baka sagen: „Wir wissen, wann und wo die Wilderer im Wald sind. Aber niemand hört uns zu.“

Wie kann das sein, wenn die Lage so ernst ist?

Um die Gründe zu verstehen, müssen wir einen Blick zurückwerfen. Denn trotz seiner Errungenschaften basiert der heutige Naturschutz auf zwei schwerwiegenden Irrtümern, die ihren Ursprung in den Anfängen der Naturschutzbewegung haben und aus einer eurozentrischen Perspektive entstanden sind. Beide Irrtümer sind eng miteinander verbunden und wir müssen sie endlich über Bord werfen, um heute die artenreichsten Regionen der Erde schützen zu können.

Der erste Irrtum besteht darin, Gebiete wie den Regenwald im Kongobecken als Wildnis anzusehen, die sich unberührt von Menschenhand seit Jahrtausenden entwickelt hat. Denn Wildnis ist nur ein Konstrukt. Neue Untersuchungen des Amazonas-Regenwaldes etwa zeigen, dass indigene Völker einige der berühmtesten „Wildnis-Gebiete“ über Tausende von Jahren verändert haben: durch den Anbau von Pflanzen, durch Rodung,

Brände, Gärten und durch unzählige weitere Methoden. Sie schufen erst das, was wir heute als „reine Natur“ betrachten. Was inzwischen für zumindest einige Wissenschaftler*innen offensichtlich wird, war Naturschützer*innen lange verborgen geblieben. Sie sahen in dem Land eine unberührte Wildnis, weil es nicht ihrer europäischen Vorstellung von einer industrie- und menschengepprägten Landschaft entsprach. Hinzu kam, dass die indigenen Bewohner*innen dieser Gebiete lange Zeit als kaum menschlich wahrgenommen wurden. Keines ihrer Gebiete war unbewohnt, aber der Rassismus des 19. Jahrhunderts bedeutete, dass das Einwirken indigener Völker nicht als menschliches Tun erkannt wurde, weil sie oft eher als Tiere gesehen wurden und ihnen generell keine geschichtliche Entwicklung zugesprochen wurde.

Wildnis ist noch heute ein mächtiges Bild in unseren Köpfen, das wir – wenn wir ehrlich sind – vor allem in den Wäldern und Wüsten Asiens, Afrikas und Amerikas zeichnen. Genau dort, wo Kolonist*innen blind waren für die Einflüsse und das Wirken nicht-industrialisierter Gesellschaften. Ihr Irrtum ist also noch immer unserer.

So können wir nicht verstehen, dass indigene Völker keine Eindringlinge sind, sondern seit Jahrhunderten in und mit ihrer Umgebung leben. Es ist unmöglich zu sagen wie viele, aber Schätzungen zufolge wurden bis heute bis zu 14 Millionen Menschen weltweit für den Naturschutz von ihrem Land vertrieben, viele davon Indigene. Auch die Baka mussten große Teile ihres angestammten Landes verlassen, um Platz für Schutzgebiete zu machen. Der Landverlust ist für sie ein Desaster, das ihnen ihre Lebensgrundlage geraubt hat. Sollten sie es wagen, diese Gebiete zu betreten, um Gräber ihrer Ahnen und religiöse Stätten zu besuchen oder zu jagen und zu sammeln – wie sie es seit jeher und nachhaltig getan haben – drohen ihnen hohe Strafen und sogar Folter.

Und es geht noch schlimmer, wie etwa der Tod des Teenagers Christian Nakulire vom Volk der Batwa zeigt, der Ende 2017 im Kongobecken ~beim Sammeln von Heilpflanzen für seinen kleinen Bruder von Parkwächtern getötet wurde. Heute sind viele Schutzgebiete in Afrika und Asien wahre Festungen, die darauf angelegt sind, alle Menschen → mit der Ausnahme zahlender Urlauber*innen → aus der „Wildnis“ fernzuhalten. Maßnahmen wie „Shoot to kill“ [Schießen, um zu töten] sollen angeblich auf Wilderer abzielen, die gefährdete Tierarten bedrohen. Doch auch wenn Wilderei ein massives und ernstes Problem ist, sollten wir nicht vergessen, dass es in Europa undenkbar wäre, das Leben eines Elefanten über das eines vermeintlichen Wilderers zu erheben. Man stelle sich vor, dass jemand, der im Verdacht steht, einen Braunbären getötet zu haben, auf der Stelle von staatlich finanzierten Wildhüter*innen erschossen würde.



Der zweite, eng verknüpfte Irrtum, besteht in der Annahme, dass Naturschutz hierarchisch organisiert sein sollte. Menschen mit guter universitärer Ausbildung, meist aus westlichen Industrienationen, sollten aufgrund ihres wissenschaftlichen Fachwissens, ihrer technologischen Möglichkeiten und ihrer Voraussicht an der Spitze dieser Hierarchie stehen. Alle anderen, so die Kehrseite, müssten diese Gebiete verlassen oder ihre Nutzung einschränken, um die Zerstörung (aus Unwissenheit oder aufgrund kurzsichtiger persönlicher Interessen) zu verhindern. Einschließlich jener, denen die Gebiete tatsächlich gehören und die dort seit Generationen leben.

Die Annahme, dass Naturschützer*innen aus Industrienationen die Natur besser schützen können als indigene Bewohner*innen, geht ebenfalls auf den Ursprung der Bewegung zurück. Berühmt ist heute das Zitat des US-Präsidenten Theodore Roosevelt, der mit der Gründung mehrerer Nationalparks den Naturschutz entscheidend prägte: „Es ist von unschätzbarem Wert, dass Amerika, Australien und Sibirien aus den Händen ihrer ursprünglichen roten, schwarzen und gelben Eigentümer genommen werden, um das Erbe der dominanten Weltrasse zu werden.“ Diese Sicht ist auf eine falsche Auslegung des Darwinismus zurückzuführen, der mit Darwins Buch „Die Entstehung der Arten“ damals Schlagzeilen machte. Naturschützer*innen wollen heute natürlich nicht mehr die „dominante Weltrasse“ retten, jedoch behaupten sie, das Erbe der Menschheit für uns alle zu sichern.

Doch warum sollten Naturschützer*innen aus Deutschland oder den USA mehr über den Regenwald im Kongobecken wissen als die lokale Bevölkerung? Die Baka verwalten ihr Land seit Jahrhunderten. Durch ihre wechselnden Camps im Wald befördern sie beispielsweise ein Mosaik von Pflanzen und die Ausbreitung von wildem Yam – eine der Lieblingsspeisen der Waldelefanten. Sie erhalten die Natur auf eine Art und Weise, die für andere kaum zu verstehen oder zu erlernen ist. Dies sind

Fakten, die industrialisierte Gesellschaften über Generationen übersehen oder mit dem Stempel des „edlen Wilden“ herabgewürdigt haben. Auch hier verstehen wir erst langsam unseren Irrtum.

„Naturschützer*innen scheinen zu glauben, dass nur Außenstehende sich um die Natur kümmern wollen und sie effektiv schützen können. Aber für mich macht das keinen Sinn. (...) Wer will sich mehr um die Natur kümmern, als die Leute, die sie ihr Zuhause nennen und für ihr Überleben auf sie angewiesen sind? Wer versteht besser, wie man sich um die Natur kümmert als jemand, der jeden Tag seines Lebens durch den Wald läuft und jede Pflanze, jeden Baum und jedes Tier kennt?“, erklärte kürzlich Charles Jones Nsonkali von der Baka-Organisation OKANI.

Dass den Baka unter diesen Umständen jemand ernsthaft zuhört, was sie über ihren Wald zu sagen haben und wie sie ihn verwalten würden, davon können sie nur träumen. Viele indigene Völker sehen daher heute in Naturschutzprojekten oft nur noch Gewalt, Hunger, Armut und kommen ein weiteres Mal zu der Überzeugung, dass das Leben der Tiere mehr wert ist als das ihrer Kinder.

Doch wenn dieses Naturschutz-Modell sich nicht ändert, wird es selbst nicht überleben. Der ranghohe Naturschützer Rohit Singh aus Indien sagte: „Egal, wie effektiv deine Ranger sind, wenn die Menschen um den Nationalpark herum dich hassen, kannst du den Park nicht schützen.“ Schutzgebiete, die wie Festungen funktionieren, wurden errichtet, um zu scheitern. Sie werden übermannt von der gleichen Ablehnung, die auch den Rückzug vieler Kolonialmächte erreicht hat. So macht Naturschutz die besten und wichtigsten Verbündeten – die lokale und indigene Bevölkerung – zu seinen Feinden.

Naturschützer*innen müssen beginnen, ihre Verpflichtungen gegenüber indigenen Völkern wie den Baka zu erfüllen. Dazu



„Die Baka sind die besten Naturschützer*innen“

zählt auch, Projekten eine Absage zu erteilen, die sie und ihre Rechte verletzen könnten. Wir müssen der lokalen Bevölkerung auf Augenhöhe und fair begegnen und ihr umfangreiches Wissen über ihre Umwelt anerkennen. Naturschützer*innen müssen ihnen Hilfe anbieten, mit der sie ihr Land unter eigener Kontrolle halten können. Und auch wenn viele Organisationen behaupten, sie würden dies machen, zeigen unsere Nachforschungen doch, dass sie es noch immer nicht tun. Wohl auch, weil sie es bisher versäumt haben, ihre Irrtümer anzuerkennen.

Literatur

Dowie, Mark (2009): Conservation Refugees. The Hundred-Year Conflict between Global Conservation and Native Peoples. Cambridge, Mass.

Gissibl, Bernhard: Die Mythen der Serengeti: Naturbilder, Naturpolitik und die Ambivalenz westlicher Um-Weltbürgerschaft in Ostafrika. Online abrufbar http://www.academia.edu/2564869/Die_Mythen_der_Serengeti_Naturbilder_Naturpolitik_und_die_Ambivalenz_westlicher_Um-Weltb%C3%BCrgerschaft_in_Ostafrika.

Gissibl, Bernhard (2016): The Nature of German Imperialism. Conservation and the Politics of Wildlife in Colonial East Africa. New York/Oxford.

Mbaira, John/Ogada, Mordecai (2016): The Big Conservation Lie. Seattle.

Linda Poppe

Die Autorin ist Koordinatorin bei Survival International in Berlin und arbeitet unter anderem am Thema Naturschutz und Rechte indigener Völker. Survival setzt sich für einen neuen Ansatz im Naturschutz ein, der indigene Völker in den Mittelpunkt stellt.

Nicht nur Schnickschnack im Cocktailglas – das Verbot von Plastikstrohhalm diskriminiert Menschen mit Behinderungen

2015 ging ein Video viral, das eine Meeresschildkröte zeigt, der unter Schmerzen ein zwölf Zentimeter langer Plastikstrohhalm aus der Nase gezogen wird. Was folgte, war eine Welle der Empörung: Plastikstrohhalm in unseren Ozeanen, die Ökosystem und Meeresbewohnern schaden, gehen gar nicht. Der Trinkhalm wurde zum Symbol für die etwa 700 Kilogramm Plastikmüll, die pro Sekunde in den Weltmeeren landen. Doch nun soll damit Schluss sein. Anfang des Jahres verkündete die EU, dass neben Halmen auch Einwegbesteck und Teller aus Plastik ebenso wie Ballonhalter verboten werden sollen. Auch außerhalb Europas verbannen Unternehmen und ganze Städte die umweltverschmutzenden Kleinteile.

Es stimmt, dass Plastik mittlerweile zu einem riesigen Problem geworden ist. Es ist billig, wird achtlos weggeworfen, verrottet nicht und führt zu massiver Umweltverschmutzung – für deren Folgen die Schildkröte aus dem Video nur ein Beispiel ist. Dass nun jedoch ausgerechnet der Strohhalm verboten werden soll, greift zu kurz. Zwar sind die Trinkhilfen unter den Gegenständen, die am häufigsten an Stränden gefunden wurden, in ihrer Gesamtheit machen sie allerdings nur einen geringen Anteil der bis zu 13 Millionen Tonnen Plastikmüll aus, die jährlich in den Ozeanen landen. Außerdem lässt ein Verbot vollkommen außer Acht, dass Strohhalm für manche Leute nicht nur Schnickschnack im Cocktailglas sind, sondern lebenserleichternde und notwendige Alltagshelfer.

Dass nun jedoch ausgerechnet der Strohhalm verboten werden soll, greift zu kurz

Tatsächlich gibt es viele Menschen mit bestimmten Behinderungen, für die ein Strohhalm essentiell ist, um eigenständig zu trinken. Entweder, weil sie ihre Arme nicht bewegen können oder vom Hals an abwärts gelähmt sind, weil sie an Parkinson erkrankt sind, ihre Hände zittern oder sie eine Spastik haben. Ohne Strohhalm bleibt das Getränk unerreichbar oder wird verschüttet. So ein einfacher Gegenstand, wie ein Strohhalm

bedeutet für diese Menschen Selbstbestimmung. Das Verbot lässt vollkommen außer Acht, dass Strohhalm für manche Leute nicht nur Schnickschnack im Cocktailglas sind, sondern lebenserleichternde und notwendige Alltagshelfer.

Warum denn kein Papier, Bambus oder Silikon?

Wer jetzt nach umweltfreundlichen Alternativen ruft, wird schnell merken, dass diese keine wirkliche Optionen sind. Metallstrohhalm lassen sich nicht biegen. Sie bergen ein Allergierisiko oder sogar eine Verletzungsgefahr. Denn wenn jemand eine Spastik hat, schneidet er sich daran den Mund auf oder beißt sich einen Zahn aus. Wie gefährlich Halme aus Glas in einem solchen Fall wären, bedarf wohl kaum einer Erklärung. Bambus ist ebenfalls unflexibel und zudem sehr teuer. Silikon wird schnell unhygienisch und so biegsam es ist, der Knick bleibt nicht bestehen. Und was ist mit Papier? Ebenfalls unflexibel. Zudem lösen sich die Halme nach kurzem Gebrauch auf und bergen so ein zusätzliches Verschluckungsrisiko. Heiße Getränke werden zur Gefahr und funktionieren auch mit Acryl- oder Pastastrohhalmen nicht.

Plastikhalm sind immer noch die beste Lösung. Sie sind günstig, hygienisch, mehrfach verwendbar, sie haben – im Idealfall – einen Knick, bergen kein Verletzungsrisiko und lassen sich mit den Zähnen problemlos festhalten. Für viele Menschen mit Behinderung gibt es also keine wirkliche Alternative. Nichtbehinderte, die immer wieder auf eine solche hinweisen, versetzen sich nicht in die Lage von behinderten Menschen. Diese müssen sich wieder einmal rechtfertigen oder stehen im schlimmsten Fall als Umweltsünder da.

Plastikhalm sind immer noch die beste Lösung

Auch der Ansatz, dass Plastikstrohhalm in Restaurants grundsätzlich verboten sind, für diejenigen, die sie benötigen, aber auf Nachfrage herausgegeben werden sollten, ignoriert einmal mehr die Benachteiligung in unserer Gesellschaft. Denn wieder

Tiere schützen, Menschen töten? Wie der australische Philosoph Peter Singer „Euthanasie“ mit „Tierrechten“ und „Anti-Speziesismus“ verbindet

müssen Menschen mit Behinderung danach fragen, nehmen die Position des Bittstellers ein und brauchen eine vermeintliche Extrawurst. Das fühlt sich nicht gut an und kommt im Alltag ohnehin schon oft genug vor. Vielmehr sollte doch eine Umgebung geschaffen werden, die auf Menschen mit und ohne Behinderung gleichermaßen ausgelegt ist – auch, wenn das ein paar Plastikstrohhalm mehr bedeutet. Wie wäre es denn beispielsweise, wenn man das Personal dahingehend schult, dass sie jeden Gast – ob mit oder ohne ersichtliche Behinderung – fragen, ob sie zum Getränk einen Strohhalm haben möchten? Es wäre ein recht geringer Aufwand, der denjenigen, die auf das kleine Utensil angewiesen sind, viel Selbstbestimmung und Würde zuspricht.

Vielmehr sollte doch eine Umgebung geschaffen werden, die auf Menschen mit und ohne Behinderung gleichermaßen ausgelegt ist – auch, wenn das ein paar Plastikstrohhalm mehr bedeutet.

Wir sollten Aktionismus hinterfragen

Ja, Umweltschutz ist gut und wichtig. Und ja, unsere Gesellschaft muss den Plastikverbrauch sowie ihren CO₂-Ausstoß reduzieren, sollte sich für den Nutzen von regionalen Lebensmitteln und artgerechte Tierhaltung stark machen. Aber manchmal sollten wir Aktionismus hinterfragen. Denn momentan ist das Strohhalm-, Feuchttücher und Wattestäbchenverbot nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Politiker können sagen, sie hätten etwas für den Umweltschutz getan, ohne an den wirklich großen Stellschrauben (man denke an die Autoindustrie, Schifffahrt usw.) zu drehen.

Wer bei diesem Thema einmal mehr als Randgruppe behandelt und vollkommen außer Acht gelassen wird, sind die Menschen mit Behinderung. Sie wollen ihren Cocktail nicht mit einem Strohhalm schlürfen, weil sie Meeresschildkröten hassen. Sie sind darauf angewiesen und wollen ein selbstbestimmtes Mitglied dieser Gesellschaft sein. Diesen Aspekt sollte man, bei aller Emotionalität der Debatte, nicht außer Acht lassen.



Raul Krauthausen

Der Autor ist Aktivist für Inklusion und Barrierefreiheit.
Dieser Artikel ist zuerst bei „Mit Vergnügen“
(<https://mitvergnuegen.com>) erschienen.

Die „Tötung eines behinderten Säuglings“, behauptet der australische Philosoph Peter Singer, sei „nicht moralisch gleichbedeutend mit der Tötung einer Person. Sehr oft ist sie überhaupt kein Unrecht.“⁴ Thesen wie diese haben Singer zu einer höchst umstrittenen öffentlichen Figur gemacht, insbesondere in Deutschland, aber auch in anderen Ländern. Vor rund 30 Jahren protestierten behindertenpolitische und linke Gruppen in der Bundesrepublik gegen seine Auftritte sowie dagegen, die Tötung behinderter Menschen in einen legitimen akademischen Diskussionsgegenstand zu verwandeln. Anlässlich eines Symposiums in Marburg im Jahr 1989, zu dem Singer eingeladen war, schrieb Franz Christoph, ein Protagonist der damaligen „Krüppelbewegung“: „Eine Veranstaltung, die sich mit dem Lebensrecht neugeborener Frauen oder Ausländer beschäftigen wollte, hätte – berechtigterweise – einen öffentlichen Proteststurm zur Folge und würde als Universitätsthema mit der Intervention der zuständigen Minister rechnen müssen. Und auch die Familienministerin in Bonn würde sich hüten, eine Schirmherrschaft zu übernehmen, wenn es nicht um geistig Behinderte ginge.“⁵

Bis in die 1990er-Jahre fanden Singers Thesen zur „Euthanasie“ Unterstützung unter anderem von dem Elternverein „Lebenshilfe“ und der Redaktion der Emma. Mittlerweile hat das Interesse nachgelassen. Aber Singer ist nach wie vor aktiv und hat eine Gefolgschaft: 2015 wurde in Berlin erstmals der „Peter-Singer-Preis für Strategien zur Tierleidminderung“ vergeben. Erster Preisträger ist der Namensgeber selbst.

Gegen die Verleihung wurde abermals protestiert.⁶ Diejenigen, die Singer auch heute noch verteidigen, leugnen drei wichtige Sachverhalte: Erstens behaupten sie, Singer vertrete gar keine Forderungen nach „Euthanasie“, zumindest nicht in der Form, wie ihm dies in böswilliger Absicht unterstellt werde. Singer selbst hat sich wiederholt darüber beklagt, Zitate von ihm würden sinnentstellend „aus dem Zusammenhang“ gerissen. Manche seiner Anhänger*innen glauben zweitens, sie könnten den „Tierrechtler“ vom „Euthanasie“-Befürworter Singer trennen. Sie wollen nicht wahrhaben, dass Singers Kritik an „Speziesismus“ und seine Forderung, die Tötung behinderter Menschen unter bestimmten Voraussetzungen zu legalisieren, Teil einer zusammenhängenden Argumentation sind. Drittens führen sie an, Singers Thesen beruhten wesentlich auf Mitgefühl. Dabei ignorieren sie anderslautende Aussagen sowie den Umstand, dass man von zumindest latenten „Todeswünschen“ gegenüber behinderten Menschen in der Gesellschaft ausgehen muss.

„Nicht weiter zur Last fallen“

Singers Hauptwerk ist die erstmals 1979 erschienene „Praktische Ethik“. Darin unterscheidet der Autor zwischen „Personen“ einerseits und menschlichen beziehungsweise nichtmenschlichen „Wesen“ andererseits, denen der Personenstatus nicht zukommen soll. Als Person bezeichnet er ein „rationales und selbstbewusstes Wesen“⁷, das der Menschheit oder einer anderen Spezies angehören kann. Nicht alle Menschen sind für Singer Personen, „schwer geistesgestörte Menschen“⁸ oder „missgebildete Säuglinge“ etwa gehören für ihn nicht dazu.⁹

⁴ P. Singer (1984): *Praktische Ethik*. Stuttgart. S. 188.

⁵ F. Christoph (1989): (K)ein Diskurs über ‚Lebensunwertes Leben‘. Behinderte und ‚Euthanasie‘-Debatte. *Der Spiegel*, 5.6.1989.

⁶ M. Zander (2015): Eine ‚praktische Ethik‘ für heute? *Gen-ethischer Informationsdienst*, 230, S. 37.

⁷ *Praktische Ethik*, S. 106.

⁸ Ebd., S. 135.

⁹ Ebd., S. 179.

Personen schreibt er einen höheren moralischen Status zu als den „Wesen“, die für ihn keine Personen sind. Er geht sogar noch weiter, wenn er schreibt: „Kein Säugling – mag er nun missgebildet sein oder nicht – hat in gleichem Maße Anspruch auf das Leben wie Wesen, die fähig sind, sich selbst als distinkte Entitäten zu sehen, die in der Zeit existieren.“¹⁰

Singer unterscheidet ferner zwischen „freiwilliger“, „unfreiwilliger“ und „nichtfreiwilliger“ „Euthanasie“. Im Gespräch mit der *Neuen Zürcher Zeitung* (25.5.2015) befürwortet er „freiwillige Euthanasie“, also „aktive Sterbehilfe“ in einer unbestimmt großen Zahl von Situationen und Fällen: „Man sollte nicht unheilbar krank sein müssen, um Hilfe beim Suizid zu erhalten. Wer sein Leben nicht mehr für lebenswert hält (...), sollte Zugang bekommen.“ Auf die Frage der Interviewer, ob damit nicht Druck auf alte Menschen entstehen könne, sich das Leben zu nehmen, antwortet er: „Empfindet sich jemand als Belastung für seine Familie, ist es nicht unbedingt unvernünftig, dass er sein Leben beendet. Wenn seine Lebensqualität eher schlecht ist und er sieht, wie seine Tochter viel Zeit aufwendet, um sich um ihn zu kümmern, und dabei ihre Karriere vernachlässigt, dann ist es vernünftig, ihr nicht weiter zur Last fallen zu wollen.“

Die Tötung eines Menschen gegen dessen erklärten Willen, also „unfreiwillige Euthanasie“, verurteilt der Philosoph, obwohl er auch hier eine Einschränkung diskutiert. Zwar sei denkbar, dass eine Person „nicht erkennt, welche Agonie ihr in der Zukunft bevorsteht ...“; doch solchen Fällen begegne man nicht in der Wirklichkeit.¹¹

„Some infants should be killed“

Anlass für die Proteste der Behindertenbewegung war und ist Singers Rechtfertigung der „nichtfreiwilligen Euthanasie“, bei der unterstellt wird, dass „ein menschliches Wesen nicht fähig ist, die Entscheidung zwischen Leben und Tod zu verstehen“.¹² Der Einfachheit halber, so Singer, konzentriere er sich auf Kleinkinder, doch seine Aussagen ließen sich „auch auf ältere Kinder oder Erwachsene anwenden (...), die auf der geistigen Reifestufe eines Kleinkindes“ verharrten; die Tötung „missgebildeter Säuglinge“ könne „nicht gleichgesetzt werden mit dem Töten normaler menschlicher Wesen“¹³, denen Singer abspricht, „Personen“ zu sein. Es sei besser, ein Kind zu töten, wenn sein Leben „so elend sein wird, dass es nicht lebenswert ist“¹⁴ oder wenn es eine „Bedrohung“ ist „für das Glück der Eltern und anderer Kinder, die sie vielleicht noch bekommen werden“¹⁵. Singer zeichnet ein abschreckendes Bild von Beeinträchtigungen, die mit Spina bifida oder dem Down-Syndrom einhergehen können. Diesem Bild liegen offensichtlich seine persönlichen Wertungen zugrunde, die er aber nicht als solche thematisiert; vielmehr beansprucht er für sich den „Standpunkt des unparteiischen Beobachters“.¹⁶ Auch die Tötung eines Säuglings mit Hämophilie, der „Bluterkrankheit“, hält er für gerechtfertigt, wenn niemand das Kind adoptiere und „der Tod eines geschädigten Säuglings zur Geburt eines anderen Kindes mit besseren Aussichten auf ein glückliches Leben“ führe und dadurch die „Gesamtsumme des Glücks größer“¹⁷ werde.

¹⁰ Praktische Ethik, S. 180.

¹¹ Ebd., S. 200.

¹² Ebd., S. 177f.

¹³ Ebd., S. 179.

¹⁴ Ebd., S. 181f.

¹⁵ Ebd., S. 180.

¹⁶ Ebd., S. 22.

Es kann also kein Zweifel darüber bestehen, dass Singer dafür plädiert, die Tötung behinderter Kinder in einer großen Zahl von Fällen zu legalisieren. Besonders pointiert hat er seine Ansicht in einem gemeinsam mit Helga Kuhse verfassten Buch formuliert: „We think that some infants with severe disabilities should be killed.“ Für die deutsche Ausgabe haben Autor und Autorin den Satz ein wenig relativiert: „Wir sind der Meinung, dass es unter bestimmten Umständen ethisch gerechtfertigt ist, das Leben mancher schwerstbehinderter Neugeborener zu beenden.“¹⁸

Derartige Ansichten sind offensichtlich unvereinbar mit den Menschenrechten oder überhaupt geltendem Recht und jeglicher Art von Humanismus. Von der nazistischen „Euthanasie“ unterscheidet sich Singers Konzeption durch die Begründung, durch den Kreis derjenigen, deren Leben als „lebensunwert“ gilt, und durch die Entscheidungskompetenz, die bei Singer nicht dem Staat, sondern den Eltern zufallen soll. Obwohl er diese Unterschiede betont, scheint er in den Gemeinsamkeiten kein Problem zu sehen: „Die Nazis haben fürchterliche Verbrechen begangen; aber das bedeutet nicht, dass alles, was die Nazis taten, fürchterlich war. Wir können die Euthanasie nicht nur deshalb verdammen, weil die Nazis sie durchgeführt haben (...).“¹⁹ Zur Verteidigung Singers gegen Kritik wird immer wieder angeführt, dass er jüdischer Herkunft ist und drei seiner Großeltern von den Nazis ermordet wurden. Dieser Umstand ändert allerdings nichts daran, dass sein Verhältnis zur nazis-

tischen „Euthanasie“ widersprüchlich ist. Er glaubt, dass sein Hintergrund eine „gewisse Barmherzigkeit gegenüber Leiden gefördert“ habe (FAZ, 24.7.2011). Dazu passt allerdings nicht, dass sich ein großer Teil seines Lebenswerks um die Tötung von Menschen dreht, deren Eigenschaften sie auch zu potenziellen Opfern des nazistischen Massenmords gemacht hätte.

Irreführender „Speziesismus“-Begriff

Singer stellt einen Zusammenhang her zwischen der Forderung nach „Euthanasie“ und jener nach „Tierrechten“. „Wenn wir einen Unterschied zwischen Tieren und diesen Menschen machen“ – damit sind „Kleinkinder und geistig behinderte Kinder“ gemeint –, so geschehe dies, weil Menschen die Angehörigen der eigenen Art „in moralisch unvertretbarer Weise bevorzugen.“²⁰ Seien Forscher*innen, die Tierexperimente durchführen, nicht bereit, auch „Menschen mit schwerwiegenden, unheilbaren Hirnschäden“ zu verwenden, dann sei dies „eine Diskriminierung allein auf Grundlage der Gattung“²¹, also „Speziesismus“. Ähnliche Ansichten hat Singer bereits in seinem Buch „Animal Liberation“ von 1975 vertreten, und später radikalisiert: Im Falle eines Feuers dürfe man „nicht unendlich viele Tiere verbrennen lassen, um das Leben eines Kindes zu retten.“²² Er beabsichtige, „den Status der Tiere zu heben, nicht aber, den der Menschen zu senken“²³, behauptet der Ethiker. Das ist offensichtlich unzutreffend angesichts der Tatsache, dass er gegen das absolute Verbot anspricht, (beeinträchtigte) Menschen zu töten.

¹⁷ Praktische Ethik, S. 183.

¹⁸ H. Kuhse, P. Singer (1993): *Muss dieses Kind am Leben bleiben? Das Problem schwerstgeschädigter Neugeborener*. Erlangen. S. 25.

¹⁹ Praktische Ethik, S. 210.

²⁰ Ebd., S. 76.

²¹ Ebd., S. 84.

²² NZZ, 25.5.2015.

²³ Praktische Ethik, S. 96.

Es gibt „tierrechtliche“ und „anti-speziesistische“ Positionen, die nicht mit denen von Singer in eins gesetzt werden können.²⁴ Trotzdem ist der von ihm zwar nicht geprägte, aber doch popularisierte Terminus des „Speziesismus“ grundsätzlich durch eine irreführende Analogie zu Rassismus belastet; er unterminiert die Gleichheit und Würde aller Menschen, indem er die moralisch bedeutsame Besonderheit von Menschen leugnet und deren Lebensrecht an bestimmte Eigenschaften knüpft. Wer grundsätzlich andere Positionen vertritt, sollte den Begriff nicht verwenden. Stellt man die Leidens- und Denkfähigkeit von Tieren ins Zentrum der ethischen Debatte, dann lenkt man au-



ßerdem tendenziell von dem menschengemachten großen Artensterben ab, das die Existenz der Menschheit selbst bedroht. Seit 1970 haben sich die Populationen von Vögeln, Fischen und Reptilien um durchschnittlich 60 Prozent reduziert, so ein WWF-Bericht von 2018.²⁵ Das Sterben dieser Tiere ist weniger ein Problem wegen deren Leidens- oder Denkfähigkeit, sondern deshalb, weil es das ökologische Gleichgewicht und – wie im Fall der Fische – Nahrungsketten gefährdet, an denen auch der Mensch teilhat.

Behindertenfeindlichkeit und Angst vor Beeinträchtigung

Offen blieb bisher die Frage, was Singer und seine Gefolgschaft zu ihren extrem behindertenfeindlichen Auffassungen veranlasst. In seinen Publikationen bekundet er „Mitgefühl“ und zeigt sich besorgt um das „Glück“ von Familien, das er fälschlicherweise für voraussagbar und planbar hält. Die „reichen Nationen“ sollten „viel mehr tun“, um „behinderten Menschen ein erfülltes, lebenswertes Leben zu ermöglichen“; allerdings dürften Mittel für Menschen, die „keine Personen“ seien, nicht an anderer Stelle fehlen.²⁶ Die „praktische Ethik“ setzt nicht nur Menschen und Tiere zueinander in Konkurrenz um das Recht auf ein (gutes) Leben, sondern auch Menschen in unterschiedlichen Erdteilen. Als Gast einer Talkshow plädierte der Australier indirekt dafür, das Geld für die Ausbildung von Blindenhunden zu kürzen und es für die Prävention von Blindheit in den sogenannten Entwicklungsländern auszugeben.²⁷ In einem Radiointerview sprach er sich dagegen aus, dass seine „Versicherungsbeiträge erhöht werden, damit Kinder ohne Aussicht auf Lebensqualität teure Behandlungen erhalten“²⁸. Gegenüber der NZZ erklärte er:

„Hätten meine Eltern ein Kind wie mich, aber mit guten Augen bekommen, wäre das besser gewesen.“

Aus solchen Äußerungen sprechen offensichtlich weder Mitgefühl noch die Sorge um das Glück von Menschen. Vielmehr zeigt sich darin ein verstörender Rigorismus, der sich auch gegen geringfügige Abweichungen von einer imaginierten Norm wendet, und ein Gesellschaftsbild, das Konkurrenz betont und die Knappheit von Mitteln unhinterfragt als gegeben voraussetzt. Es drängt sich die Frage auf, welches Motiv Singer zu der Vorstellung führt, es „wäre (...) besser gewesen“, seine Eltern hätten „ein Kind wie“ ihn, „aber mit guten Augen bekommen“. Man könnte dies als Hinweis auf eine tiefsitzende Unsicherheit interpretieren, wenngleich diese Deutung rein spekulativ ist; denkbar wäre auch, dass Singer sich mit Kalkül provozierend äußert, um die öffentliche Aufmerksamkeit für sein Werk aufrecht zu erhalten. Die Angst vor möglichen eigenen Beeinträchtigungen kommt in diesem Werk so gut wie nicht vor, obwohl sie relevant sein dürfte für die feindselige Bewertung behinderter Menschen. Sie passt in eine sozial polarisierte Gesellschaft, die intolerant ist gegenüber vermeintlichen Schwächen und die diese Intoleranz möglicherweise mit Inklusionsrhetorik maskiert. Singers Philosophie appelliert an die Idee, sich eines Problems zu entledigen, indem man die davon Betroffenen beseitigt. Insofern wäre sie die extreme Ausformung eines allgemeinen Phänomens.

²⁴ Siehe z.B. <http://asatue.blogspot.de/2010/07/27/ein-gespenst-geht-um-das-gespenst-des-antispeziesismus/>

²⁵ https://c402277.ssl.cf1.rackcdn.com/publications/1187/files/original/LPR2018_Full_Report_Spreads.pdf

²⁶ Kuhse/Singer, S. 26 und 246.

²⁷ *The Sydney Morning Herald*, 5.5.2015.

²⁸ National Council on Disability, <https://ncd.gov/newsroom/04232015>; Übersetzung des Zitats von mir.

Rassismus und Klimawandel

Der Widerspruch zwischen den öffentlich verlautbarten Bekenntnissen zu Klimazielen und der Realität klafft immer weiter auf. Die OECD prognostizierte 2018 eine Verdoppelung des Rohstoffverbrauchs bis 2060 von 90 auf 167 Gigatonnen ebenso wie eine Verdoppelung des CO₂-Ausstoßes.²⁹ Gleichzeitig konstatiert die OECD, dass das von allen Staaten angestrebte 1,5 Grad-Limit nur erreicht werden könnte, wenn ab 2050 der CO₂-Ausstoß auf Null sinkt.³⁰ Nichts deutet darauf hin, dass auch nur das Zwei-Grad-Limit erreicht werden könnte. Ein Absterben von über 90 Prozent der Korallenriffe ist demnach sicher,³¹ ebenso das Auftreten von neun Dürrejahren in einem Zeitraum von zehn Jahren oder die Reduktion der Insektenbiomasse um 60 bis 70 Prozent in den Tropen.³² Städte des Südens werden durch tödliche Hitzewellen mit gefühlten 70 Grad Celsius bedroht.³³ Auch die Folgen für Seen und Flüsse in den warmen Klimazonen sind evident: steigende Verdunstungsraten, Verlandung und Versalzung. Es stellt sich nach gegenwärtigen wissenschaftlichen Erkenntnissen nicht mehr die Frage, wie zehn Milliarden Menschen ernährt werden können, sondern wie sie zudem noch evakuiert und umgesiedelt werden können aus überschwemmten und sich erwärmenden Städten, tauenden Permafrostböden, wachsenden Wüsten.

Weil das gegenwärtige Wirtschaftssystem nicht in der Lage ist, eine langfristig tragfähige Produktionsbasis zur allseitigen und gerechten Erfüllung gesellschaftlicher Bedürfnisse herzustellen,

erzeugt das Wissen um den Klimawandel Angst. Angst, deren Abwehr sich gegen jene wenden kann, die am stärksten unter dem Klimawandel leiden und dadurch an ihn erinnern. Die neue Rechte ist gespalten in der Frage des Klimawandels: Donald Trump, Jair Bolsonaro und auch die AFD führen das Bündnis mit neoliberalen und rechtslibertären Fortschrittsideologien zur Leugnung des Problems. Mehr als 90 Prozent der „klimaskeptischen“ Nachrichten stammen aus dem neurechten Medienarsenal.³⁴ Wo die Leugnung scheitert, werden häufig sozialdarwinistische Legitimationsmuster aktiv,³⁵ die aktuelle aggressive Abschottungstechniken mit (meist vehement abgelehnten) künftigen, größeren Fluchtbewegungen legitimieren oder Schuld auf die Opfer projizieren. Aus Problemen des westlichen Ressourcenverbrauchs und des CO₂-Ausstoßes wird dann eines des Bevölkerungswachstums.

Die historische Verknüpfung von Rassismus und Raubbau
Rassismus war die Grundbedingung für die Landnahme in den amerikanischen Kontinenten. Von der Kirche wurde tatsächlich die Frage diskutiert, ob Indianer*innen eine Seele hätten, und erst nachdem Millionen an Krankheiten und als Sklav*innen in den Silberminen und Plantagen zugrunde gegangen waren, setzte die päpstliche Bulle „sublimis deus“ von 1537 das Verbot der Indianer*innensklaverei durch. Die Wandlungsfähigkeit des Rassismus erlaubte aber dem plötzlich um zwei Kontinente reicheren und weiter expandierenden westlichen

Wirtschaftssystem, sich weiterhin Arbeitskräfte durch extreme Gewalt anzueignen. Die Sklav*innen wurden fortan aus Afrika verschleppt. Als der transatlantische Sklav*innenhandel 1807 verboten wurde, die Spinnmaschinen aber mehr und mehr Baumwolle verwerten konnten, organisierten die Plantagenbesitzer*innen in den Südstaaten Zuchtprogramme für schwarze Sklav*innen. Zugleich setzten sich die Indianerkriege mit neuer Heftigkeit fort. Um das Eisenbahnnetz zu sichern, wurde der nordamerikanische Bison nahezu ausgerottet und so die Präriegesellschaften Nordamerikas ausgehungert. Und mit der Entwicklung der Vulkanisierung führte der Kautschukboom zur erneuten Versklavung indigener Gesellschaften in Südamerika.

Ohne die emotionale Erhaltung gegenüber als fremd markierten Kollektiven und ohne Raubbau an der Natur wäre die rasche und globale Entfaltung des Kapitalismus nicht denkbar gewesen. Rassismus ist somit die Begleitideologie zu dem, was Marx als primitive oder ursprüngliche Akkumulation bezeichnete. Ist die Ungleichheit einmal hergestellt, setzt sie sich trotz gleicher Rechte fort, weil die Trennung von Produktionsmitteln dazu führt, dass Menschen Arbeit zu jedweden Bedingungen annehmen und durch Hunger und Gewaltmonopol diszipliniert werden. Weil die Produktionsmittel durch Gewalt primär in den Besitz von Weißen gerieten, reproduziert sich auch ohne Rassentheorie und Segregation ein ökonomisches Verhältnis, in dem nicht nur Weiße tendenziell reich und Schwarze arm sind, sondern in dem sich diese Verteilung insgesamt verschärft oder zumindest relativ stabil bleibt.³⁶

Rassismus als aktuelle Besitzstandswahrungsideologie

Rassismus wird aller geschichtlicher Erfahrung nach mit dem Fortschritt der Ausbeutung endlicher Ressourcen nicht abflauen, sondern zunehmen. Der historisch gewaltsam angeeignete gesellschaftliche Reichtum erzeugt Beraubungsängste – bei den Besitzenden. Das Schreckensbild von Millionen von Klimaflüchtlingen trägt zur Legitimation des Entzugs von Empathie bei. Der Empathieentzug der vergangenen Jahre ist typisch für die Vorbereitung von Makrogewalt³⁷. Dass sich weite Teile der Gesellschaft in pathologischer Ruhe verhalten, wenn mas-



²⁹ <http://www.oecd.org/newsroom/raw-materials-use-to-double-by-2060-with-severe-environmental-consequences.htm>

³⁰ <http://www.oecd.org/newsroom/governments-need-to-honour-their-climate-pledges-as-risks-grow.htm>

³¹ <https://news.un.org/en/story/2017/01/548902-climate-change-will-lead-annual-coral-bleaching-un-supported-study-predicts>

³² <http://www.pnas.org/content/early/2018/10/09/1722477115>

³³ <https://www.nature.com/articles/nclimate3322>

³⁴ Xifra, Jordi (2016). „Climate Change Deniers and Advocacy: A Situational Theory of Publics Approach“. *American Behavioral Scientist*. 60 (3): 276–287.

<https://www.chalmers.se/en/departments/tme/news/Pages/Climate-change-denial-strongly-linked-to-right-wing-nationalism.aspx>

³⁵ https://www.nhtsa.gov/sites/nhtsa.dot.gov/files/documents/ld_cafe_my2021-26_deis_0.pdf via https://motherboard.vice.com/en_us/article/ev7bwp/trump-administration-agency-predicts-7-degree-f-rise-in-global-temperatures-by-2100.

³⁶ Junia Howell, James R. Elliot 2018: Damages Done: The Longitudinal Impacts of Natural Hazards on Wealth Inequality in the United States. <https://academic.oup.com/socpro/advance-article/doi/10.1093/socpro/spy016/5074453?guestAccessKey=339b3f1e-825b-48c9-af4b-1a2bb9908326>

³⁷ Makrogewalt bezeichnet Gewaltphänomene, deren Auftreten unmittelbare Rückwirkungen auf die Struktur ganzer politischer und gesellschaftlicher Systeme haben.

senhaft Menschen ertrinken, lässt sich durch die Attraktivität der Besitzstandswahrung erklären: „Wir können nicht allen helfen“, ist die übergreifende Parole, die von PEGIDA, AFD bis hin zu Boris Palmer und Sahra Wagenknecht geteilt wird. In der scheinrationalen Position wird verschleiert, dass „wir“ gar nicht helfen, sondern Fluchtursachen produzieren, dann allen Geflüchteten lebensbedrohliche Hürden in den Weg stellen und zuletzt nur einen winzigen Teil dauerhaft aufnehmen. Dass europäische Staaten in Libyen mit libyschen Milizen kooperieren, lässt eine menschliche Behandlung von künftigen, größeren Fluchtbewegungen extrem unwahrscheinlich werden.³⁸

Wo die Hauptverursacher*innen des Klimawandels sich als Beraubte und Angegriffene inszenieren, entsteht die angeheizte Notstandsstimmung der Mächtigen, die historisch die Bereitschaft zu extremer Gewalt verrät. Die über zwei Jahrzehnte hinweg forcierte Abschottungspolitik geschieht in voller Kenntnis der tödlichen Folgen. Wenn Europa schon mit ein bis zwei Millionen Flüchtlingen überfordert ist, wie wird es dann auf den Katastrophenfall und Dutzende von Millionen Flüchtlingen reagieren? Sicher durch Abschottung und, wenn das nicht funktioniert, mit Makrogewalt. Unter dem Druck rechtsextremer Bewegungen kann eine weitere Eskalation derzeit nicht ausgeschlossen werden. Rassismus liefert die Legitimation, jenen, die vor den Folgen des Kapitalismus fliehen müssen, alle Rechte und jede Solidarität zu verweigern.

Ein echter Aufstand der vom Klimawandel Geschädigten gegen die Verursacher*innen im globalen Norden hingegen ist aufgrund der militärischen und ökonomischen Schwäche der afrikanischen Staaten unwahrscheinlich. Auch wenn der Klimawandel sehr sicher große Fluchtbewegungen erzeugen wird:

Von Dürren bedrohte afrikanische Kleinbauern hatten in der Vergangenheit nicht die Ressourcen, nach Norden zu fliehen. Sie werden zu Binnenflüchtlingen oder sterben ohne Aussicht auf Flucht.

Rassismus, Schuldabwehr und Bevölkerungswachstum

Die zweite große Strategie der neuen Rechten ist, eigene Schuld auf die Geflüchteten zu projizieren. Während Europäer*innen mit ihrer Technologie Impfungen und Nahrung in die Welt trügen, würden Schwarze und Araber*innen nur destruktive Diktaturen hervorbringen und seien demnach selbst schuld an Armut und Korruption. Der zentrale Vorwurf insbesondere an die afrikanischen Gesellschaften aber ist deren Bevölkerungswachstum.

Tatsächlich erfahren Staaten wie Nigeria, Demokratische Republik Kongo, Kenia und Ghana ein Bevölkerungswachstum, das von religiösen Bewegungen ebenso gefördert wird wie von einer Ökonomie, in der Kinder die einzige Altersvorsorge sind. Das führt insbesondere in Nigeria zu massiver Entwaldung und Müllproblemen. Wie eine Verdoppelung in dreißig Jahren verwaltet werden kann, ist ungelöst. Auch in den afrikanischen Staaten wird diese Entwicklung daher zusehends kritisch gesehen. Dennoch sind weite Teile des riesigen afrikanischen Kontinents im Vergleich zu Europa sehr dünn besiedelt und das Bevölkerungswachstum in Flächenstaaten wie Angola, Tschad, Sambia oder Botswana stellt vorerst keine Bedrohung von Existenzgrundlagen dar. Die Hauptfaktoren für die Degradierung afrikanischer Ökologien sind der Verkauf von Land an China und Saudi-Arabien, Wilderei, die Fischpiraterie durch China und die EU, Baumwolle, Blumen, Kaffee, Kakao, Edelfholz, Gold, Diamanten und Mineralien. Und der Klimawandel.

Als Claude Lévi-Strauss 1955 seine *Tristes Tropiques* schrieb, gab es noch weniger als drei Milliarden Menschen, weite Teile der tropischen Regenwälder am Amazonas und der Savannen des Gran Chaco waren intakt, Plastikmüll und giftige Abwässer in weiten Teilen der Welt unbekannt. Und doch leitete Lévi-Strauss den europäischen Faschismus aus dem Bevölkerungswachstum ab. Die „unsinnigen, hasserfüllten und leichtgläubigen Vorstellungen“ seien auf den Mangel an „Raum“ zurückzuführen.³⁹ Auch wenn er in seiner Misanthropie meist reflexiv bleibt, nimmt er spätere Versatzstücke neurechter Ideologie vorweg: „Freiheit [...] ist vielmehr das Ergebnis einer objektiven Beziehung zwischen dem Individuum und dem Raum, den es einnimmt, zwischen dem Verbraucher und den Ressourcen, über die er verfügt. Dabei steht nicht einmal fest, ob das eine das andere ausgleicht, und ob eine reiche, aber zu dicht bevölkerte Gesellschaft sich an dieser Dichte vergiftet wie jene Mehlwürmer, denen es gelingt, durch ihre Giftstoffe einander auszurotten, noch bevor es an Nahrung mangelt.“⁴⁰

Dieser böse Blick auf Menschenmassen entspringt zunächst einer aufklärerischen Tradition, das Individuum misstrauisch gegen die Massenpsychologie zu machen. Er ist aber heute auch Kernelement des elitären Rassismus, der seine schärfste Ausprägung stets durch die Abgrenzung einer herrschenden Klasse gegen zahlreichere Unterdrückte erhielt. Das Anwachsen der schwarzen Bevölkerung in den USA nährte die Ängste der Weißen vor einer Revolution. Diesen Ängsten wie auch den eigenen Schuldgefühlen setzten sie nackte Gewalt und die Ideologie der „rassistischen Überlegenheit“ entgegen. Die Veränderung des globalen Klimas innerhalb der geschichtlich durch den Rassismus geprägten globalen Ökonomie liefert heute sowohl Anlass als auch Material für die Reaktivierung alter rassistischer Resen-

timents gegen die vorgeblich zu zahlreich werdende „schwarze“ Bevölkerung und andere prospektive Opfer der Klimaveränderung.

Eine demokratische Entwicklung vorausgesetzt, würde ein gerechter Zugang aller Menschen zu den globalen Produktionsmitteln entweder eine extrem rasche Vernutzung der verbleibenden Schlüsselressourcen und den vollständigen Zusammenbruch der Ökologie oder eine Umverteilung von in den Industriestaaten akkumuliertem Reichtum und dadurch Senkung von Lebensstandards der dortigen Mittel- und Oberschicht bedeuten. Die neue Rechte liefert daher mit „Klimaskeptizismus“, Antiökologie und Flüchtlingsbekämpfung die Ideologie für einen äußerst aggressiven Klassenkampf von oben, der gegenwärtige Verteilungsmuster verteidigen wird.

Dr. phil. Felix Riedel

Der Autor ist Ethnologe und als freier Journalist sowie in der politischen Bildungsarbeit tätig.

³⁸ <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2017/12/libya-european-governments-complicit-in-horrific-abuse-of-refugees-and-migrants/>

³⁹ Claude Lévi-Strauss 1978: *Traurige Tropen*, S. 23.

⁴⁰ Ebd., S. 140f.

Weniger Klimawandel durch weniger Menschen? Feministische Kritik am neomalthusianischen Revival

Wer davon spricht, dass die Erde „überbevölkert“ sei, sagt damit zugleich, dass es zu viele Menschen gebe. Doch welche Menschen sind zu viel? Wer bestimmt die Kriterien dafür? Und welche Maßnahmen folgen aus einer solchen These? Die Forderung nach Bevölkerungskontrolle lässt sich wieder verstärkt von Akteur*innen aus dem Umweltbereich hören. Sie argumentieren, dass Bevölkerungswachstum verantwortlich für den Klimawandel sei.

Bevölkerungspolitik und ihre herrschaftsförmigen Implikationen

Bevölkerungspolitik ist der geplante, methodische Eingriff in das so genannte generative Verhalten. Sie hat die quantitative und qualitative Steuerung von Bevölkerung(sgruppen) zum Ziel. Antinatalistische Bevölkerungspolitik (also eine Politik, die Geburtenraten senken soll) ist vielfältig. Ihre Geschichte ist voller Beispiele repressiver Politik (Winkler 1993; Wichterich 1995; Hartmann 1995; Connelly 2008; Murphy 2017). Bekannt wurden zum Beispiel systematische Zwangssterilisationen in Indien in den 1970er Jahren. Es gab und gibt aber vielfältige weitere Beispiele von Zwangssterilisationen an Schwarzen, Indigenen, behinderten, gefangenen oder HIV-positiven Menschen (Lindsay 1988: S. 109f.; Davis 1982; Wilton 2013; Law 2014; CRR 2014). Noch Ende der 1990er Jahre wurden bei einem Sterilisationsprogramm in Peru etwa 300.000 Menschen, mehrheitlich arme und indigene Frauen, sterilisiert. Dies geschah oftmals ohne ihr Wissen. Den Frauen wurde unter anderem gedroht, keine Lebensmittelhilfe mehr zu bekommen, sollten sie sich verweigern. Angestellte des Gesundheitssystems mussten eine bestimmte Anzahl an Sterilisationen pro Monat erfüllen, um keine Kündigung zu riskieren (Schultz 2006: S. 11f.; The Quipu Project). Solche Quoten sind typisch für repressive Bevölkerungsprogramme, ebenso wie so genannte Anreizsysteme: In Indien bekommen Frauen in manchen Regionen noch heute Geld- oder Sachprämien, wenn sie sich sterilisieren lassen. Wo Armut und sozialer Druck ausgenutzt werden, kommen solche

Prämien einer Erpressung gleich. Immer wieder kommt es in Indien zudem bei Massenabfertigungen in Sterilisationscamps zu Todesfällen: So starben 2014 mindestens 13 Frauen im Bundesstaat Chhattisgarh; vermutlich waren die Schmerzmittel mit Rattengift verunreinigt (Wilson 2015; Dietrich 2017).

Feministische Proteste und der Backlash zu isolierten Verhütungsprogrammen

Feministische Kritiker*innen dieser Politik organisierten sich international seit den 1970er Jahren, um auf die sexistischen, rassistischen und eugenischen Implikationen hinzuweisen, gegen die Instrumentalisierung vor allem des weiblichen Körpers zu protestieren und Menschenrechtsverletzungen anzuklagen. Auf der UN-Weltbevölkerungskonferenz von Kairo 1994 erreichten sie, dass das Konzept der reproduktiven Rechte beschlossen wurde. Es stützt sich auf das Grundrecht aller Individuen, frei und ohne Diskriminierung oder Zwang über Anzahl und Zeitpunkt von Geburten zu entscheiden. Zudem wurde in Kairo das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und auf Zugang zu Verhütungsmitteln verbrieft. Dies ist angesichts konservativ-fundamentalistischer Positionen, die das Konzept wieder abschwächen wollen (etwa 2002 bei der Rio plus 20-Konferenz), nicht selbstverständlich. Das Aktionsprogramm der UN-Konferenz thematisiert allerdings als individuelles Rechtskonzept nicht die wichtige Frage der Verteilung gesundheitspolitischer Investitionen. Derzeit beobachten wir einen Backlash in Richtung isolierter Verhütungsmittelprogramme. Auch dagegen hatten Feministinnen protestiert und in Kairo das Konzept einer breiteren reproduktiven Gesundheitsversorgung erstritten. Dennoch werden seit 2012 von der internationalen Family Planning 2020-Initiative wieder reine Verhütungsmittelprogramme beworben. In der Initiative arbeiten Regierungen mit der finanzstarken Gates Foundation sowie Pharmakonzernen wie Merck und Bayer zusammen. Im Zentrum stehen langfristige Verhütungsmethoden wie Hormonimplantate und Hormonspritzen, die von den Nutzerinnen kaum kontrollier-

bar sind und trotz belastender bis riskanter Nebenwirkungen als „effizient“ gelten (Bendix/Schultz 2015). Das erklärte Ziel solcher Programme, eine freie Wahl aus einem vielfältigen Verhütungsmittel-Angebot zu ermöglichen, scheitert oft an realen Engpässen in den ländlichen Regionen. Zudem reduzieren solche, auf Verhütungstechnologien fixierte, Programme Fragen der Sexualität und des Kinderbekommens auf die Logik von Angebot und Nachfrage. Sie blenden damit kulturelle, soziale, ökonomische Bedingungen ebenso aus wie herrschende Vorstellungen von Geschlechterbeziehungen (Hummel 1998: S. 207; Wichterich 1995b: S. 101f.).

Die neomalthusianische Perspektive: Bevölkerungswachstum als Ursache für Klimawandel?

Doch was hat es mit der Vorstellung auf sich, all dies sei nötig, um dem Klimawandel entgegenzutreten? Angesichts der drohenden Erderwärmung werden heute wieder vermehrt sogenannte neomalthusianische Argumente reproduziert. Spätestens seit dem Buch „Die Bevölkerungsbombe“ von Paul Ehrlich (1968) und dem Bericht des Club of Rome (Meadows et al. 1972) über die „Grenzen des Wachstums“ gilt das Wachstum der Weltbevölkerung als entscheidender ökologischer Krisenfaktor. Die Zusammenbruchs-szenarien nähren sich von der These, dass die Bevölkerung ohne Bevölkerungskontrolle zu schnell oder gar exponentiell wachse, und damit die Grenze der „Tragfähigkeit der Erde“ überschreite. Dies hatte schon der britische Theologe und Nationalökonom Thomas R. Malthus Ende des 18. Jahrhunderts behauptet, damals in Bezug auf die Grenzen der Nahrungsmittelproduktion.

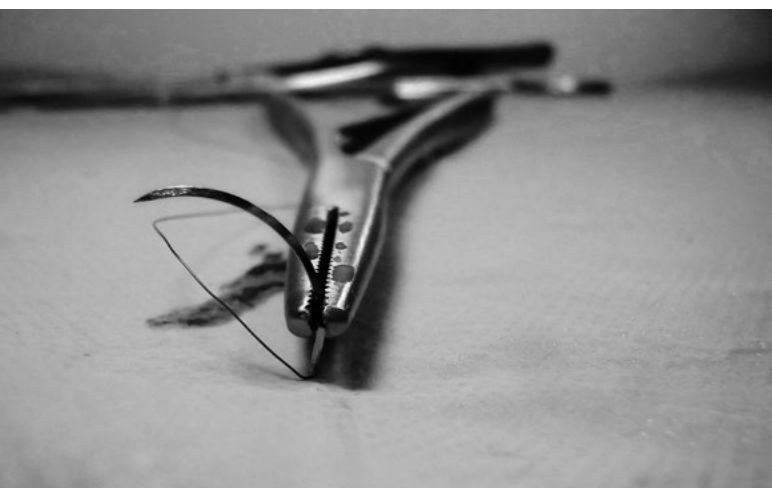
Feministinnen warnen vor der Rückkehr solcher „neomalthusianisch“ genannter Argumentationsmuster. Im Vorfeld der UN-Klimakonferenz von Kopenhagen 2009 schauten sich Betsy Hartmann und Elizabeth Barajas-Román an, auf welche Studien hier zurückgegriffen wurde (Hartmann/Barajas-Román 2009): Zwei Forscher der Oregon State University untersuchten etwa

das „Kohlenstoffvermächtnis“. Damit machen sie jede einzelne Frau individuell und langfristig für die Emissionen nicht nur ihrer Kinder, sondern auch ihrer Enkel und Urenkel (!) verantwortlich. Hartmann und Barajas-Román kritisieren, dass hier jede Vorstellung davon fehlt, dass Menschen positive Veränderungen herbeiführen können und dass die nächste Generation den Übergang von fossilen Brennstoffen vollziehen könnte. Als zweites Beispiel nennen sie Berechnungen eines Londoner Doktoranden, der von der NGO „Optimum Population Trust“ finanziert wurde: Mit einer stark vereinfachten Kosten-Nutzen-Analyse wollte er zeigen, dass es billiger sei, CO₂-Emissionen durch Investitionen in die Familienplanung zu reduzieren als durch alternative Technologien.

Neomalthusianische Denkmuster finden sich auch in deutschen Publikationen zu Nachhaltigkeit, Ökologie 2.0, Ecological economics oder Postwachstum (Gottschlich 2006). 2014 reaktivierte der Philosoph Bernward Gesang im Buch „Kann Demokratie Nachhaltigkeit“, an dem auch das Wuppertal Institut und das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung beteiligt sind, gar das alte rassistische Bild von Menschenmengen als Krebswucherungen: „Die Treibhausgasemissionen, der Flächen- und Ressourcenverbrauch, [...] die Weltbevölkerung, die Industrieproduktion, all dies wächst ungebremst, und unkontrolliertes Wachstum ist ein Merkmal von Krebszellen.“ (Gesang 2014: S. 13) Unter dem Titel „Ein Tabu brechen. Das schnelle Bevölkerungswachstum ist einer der großen Antriebe für den Klimawandel“ feuerte jüngst auch die FAZ diese Debatte an (FAZ.net, 14.9.2018). Autor Joachim Müller-Jung bezieht sich auf eine Studie, die John Bongaarts, ein Urgestein der US-amerikanischen Bevölkerungslobby, mitverfasste. Darin erklären die Autoren – wen wundert’s – Familienplanung zu einer der „kosteneffektivsten“ Klimaschutzmaßnahmen. Besonders krass ist Müller-Jungs positiver Bezug auf die Bevölkerungspolitik in Bangladesh Anfang der 1980er Jahre, die er als „eines der ambitioniertesten freiwilligen Familienplanungsprogramme“

beschreibt. Tatsächlich wurden damals während einer Flutkatastrophe Nahrungsmittel nur bei Einwilligung zur Sterilisation verteilt. Kritische Studien besagen, dass sich 80 Prozent der Frauen in den betroffenen Gebieten sterilisieren ließen. Ein Grund: Die Prämie für die Sterilisation (die damals umgerechnet zwischen 5 und 8 Euro lag) sicherte für ein paar Wochen das Überleben der gesamten Familie (Wichterich 1988: S. 102; Schlebusch 1994: S. 132f., Murphy 2017).

Dass politisch Konservative und Rechte die Zahl der Menschen für weltweite Umweltzerstörung verantwortlich machen, ist nichts Neues. Alarmierend ist hingegen, dass derzeit auch im posthumanistischen ökologischen Feminismusdiskurs neomalthusianische Kurzschlüsse kursieren. So proklamierte Donna Haraway jüngst „Make kin, not babies“ und gab trotz ihrer Distanzierung von repressiver Bevölkerungskontrolle eine weltweite Bevölkerungszahl von 2 bis 3 Milliarden als Ziel an. Derzeit registriert die UNO 7,6 Milliarden Erdenbürger*innen (Haraway 2015).



Solidarische Lebensweise statt technokratische Steuerungsphantasien

Solche Zahlenspiele sind angesichts des weltweiten Machtgewinns autoritärer Regierungen nicht unschuldig, sondern gefährlich und verlagern die Aufmerksamkeit weg von notwendigen Veränderungen von Produktionsweise, Ressourcenverteilung und imperialer Lebensweise (Brand/Wissen 2017). Die vereinfachende Argumentation: „Weniger Menschen – weniger Konsum – weniger Umweltzerstörung! und die sich anschließende Forderung nach Bevölkerungskontrolle sind aus vielen Gründen zurückzuweisen.“⁴¹

- Unzulässige Reduktion komplexer globaler Herausforderungen: Eine vielschichtige Ursachenanalyse des Klimawandels und die Suche nach gesellschaftlichen Lösungen wird ersetzt durch einen unterstellten simplen Kausalzusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum und Klimawandel. Zudem wird die Wachstumsrate der Bevölkerung als isolierte Naturkonstante betrachtet, losgelöst von den komplexen gesellschaftlichen Bedingungen des Kinderbekommens.
- Instrumentalistisches Naturverständnis und technozentristische Lösungsansätze: Der Geist, der sich hinter der Forderung nach Bevölkerungskontrolle verbirgt, ist von autoritären oder technokratischen Machbarkeitsvorstellungen geprägt, ähnlich wie die Idee eines ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft durch technische „Effizienzrevolution“. Dahinter steht die Annahme, Natur und Menschen seien gleichermaßen ökonomisch quantifizierbar und bewertbar. Politisch zielen diese Ideen darauf ab, die Menge der Menschen im Globalen Süden mit dem Verbrauch fossiler Energien in den Industrieländern zu verrechnen (Becker 1992: S. 57; Hummel 1995: S. 79).

- Kontinuität kolonialer Auf- und Abwertungen von Bevölkerungen: Solche Verrechnungsvorschläge bestärken eine Kontinuität rassistischer und klassenselektiver Auf- und Abwertungen, wie sie die Geschichte von Bevölkerungspolitik seit jeher prägen: Während im Globalen Süden die Existenz der Menschen selbst zur Verhandlungsmasse wird, sind es im Globalen Norden Konsumstandards oder Pro-Kopf-Emissionen. Absurderweise geraten damit gerade diejenigen in den Fokus von Klimaschutz und Bevölkerungspolitik, die am meisten vom Ressourcenverbrauch ausgeschlossen sind und am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben (Hendrixson/Hartmann 2018).

Daniela Gottschlich & Susanne Schultz

Dr. Daniela Gottschlich arbeitet in inter- und transdisziplinären Nachhaltigkeitsprojekten an der Europa Universität Flensburg, im Netzwerk Politische Ökologie und bei diversu e.V., dem Institut für Diversität, Natur, Gender und Nachhaltigkeit in Lüneburg.
Dr. Susanne Schultz forscht zum Thema Demografisierung des Politischen an der Goethe-Universität Frankfurt und ist aktiv im Gen-ethischen Netzwerk Berlin, in Solidarity City Berlin und im Herausgeber*innen-Kollektiv kitchen politics.

⁴¹ Dass diese Argumente auch in der deutschen Entwicklungspolitik angekommen sind, macht das Strategiepapier des BMZ deutlich, das 2013 Bevölkerungsdynamik zum Querschnittsthema erklärte und diffus von einem „Wechselspiel zwischen Bevölkerungsdynamik, Umwelt und Klimawandel“ spricht, den es zu adressieren gelte: BMZ (2013): Bevölkerungsdynamik in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, BMZ-Strategiepapier 10/2013, S. 3, https://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier334_10_2013.pdf (Zugriff 24.11.2018).

Literatur

Becker, Egon (1992): Ökologische Modernisierung der Entwicklungspolitik? In: PROKLA, Nr. 86, S. 47–60.

Bendix, Daniel/Schultz, Susanne (2015): Bevölkerungspolitik reloaded. Zwischen BMZ und Bayer. In: Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt, Vol. 35, Nr. 140, S. 447–468.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus. 2017: Imperiale Lebensweise. München: oekom.

Connelly, Mathey (2008): Fatal Misconception: The Struggle to Control World Population. Cambridge, MA: Harvard University Press.

CRR (Center for Reproductive Rights) (2014): Forced Sterilization in Chile. 30.9.2014 <http://www.reproductiverights.org/feature/forced-sterilization-in-chile> (Zugriff 24.11.2018).

Davis, Angela (1982): Rassismus und Sexismus. Schwarze Frauen und Klassenkampf in den USA. Berlin: Elefant Press.

Dietrich, Silke (2017): Sterilisation in Indien. Gegen die demografische Zeitbombe, https://www.deutschlandfunkkultur.de/sterilisation-in-indien-gegen-die-demografische-zeitbombe.979.de.html?dram:article_id=380585 (Zugriff 24.11.2018).

Ehrlich, Paul (1968): The Population Bomb. New York: Ballantine.

Gesang, Bernward (2014): Einleitung. In: Gesang, Bernward (Hg.): Kann Demokratie Nachhaltigkeit? Wiesbaden: Springer VS, S. 13–15.

Gottschlich, Daniela (2006): Machtpolitik im grünen Kleid der Nachhaltigkeit. Feministische Kritik an ökologisch begründeter Bevölkerungspolitik, http://forumue.de/wp-content/uploads/2015/05/Demographischer_Wandel_AG-Frauen.pdf (Zugriff 24.11.2018).

Haraway, Donna (2015): Anthropocene, Capitalocene, Plantationocene, Chthulucene: Making Kin. In: Environmental Humanities, Vol. 6, 2015, pp. 159–165.

Hartmann, Betsy (1995): Reproductive Rights and Wrongs. The Global Politics of Population Control. Boston: South End Press.

Hartmann, Betsy/Barajas-Roman, Elizabeth (2009): The Population Bomb is Back – with a Global Warming Twist. In: Women in Action, No. 2, p. 70–78.

Hendrixson, Anne/Hartmann, Betsy (2018): Threats and burdens: Challenging scarcity-driven narratives of “overpopulation”. In: Geoforum, <https://doi.org/10.1016/j.geoforum.2018.08.009>. (Zugriff 24.11.2018).

Hummel, Diana (1995): „Natur“ und „Fruchtbarkeit“. Globale Bevölkerungsentwicklung und ökologische Krise. In: Schultz, Irmgard/Weller, Ines (Hg.): Gender & Environment. Ökologie und die Gestaltungsmacht der Frauen. Frankfurt a.M.: IKO, S. 76–89.

Hummel, Diana (1998): Feministische Debatten über Bevölkerungspolitik und reproduktive Rechte. In: Klingebiel, Ruth/Randeria, Shalini (Hg.): Globalisierung aus Frauensicht. Bilanzen und Visionen. Bonn: Dietz, S. 186–213.

Law, Victoria (2014): It’s 2014. Why do we still need laws banning coercive sterilization? In: Truthout, 29.10.2014, <http://www.truthout.org/news/item/27121-it-s-2014-why-do-we-still-need-laws-banning-coerced-sterilization> (Zugriff 24.11.2018).

Lindsay, Jennie (1988): Südafrikanische Auslesepolitik in Namibia. In: Wichterich, Christa (Hg.): Zum Beispiel Bevölkerungspolitik. Bornheim-Merten: Lamuv, S. 107–110.

Meadows, Donella/Meadows, Dennis/Randers, Jørgen/Behrens, William W. (1972): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart: Rowohlt.
Müller-Jung, Joachim (2018): Ein Tabu brechen. Das schnelle Bevölkerungswachstum ist einer der großen Antriebe für den Klimawandel. In: FAZ.net 14.9.2018.

Murphy, Michelle (2017): The economization of Life. Durham: Duke University Press.

Schlebusch, Cornelia (1994): Bevölkerungspolitik als Entwicklungsstrategie. Historisches und Aktuelles zu einem fragwürdigen Argument. Frankfurt a.M.: IKO.

Schultz, Susanne (2006): Hegemonie, Gouvernementalität, Biomacht. Reproduktive Risiken und die Transformation internationaler Bevölkerungspolitik. Münster: Westfälisches Dampfboot.
The Quipu Project (2018): Website des Quipu Projektes, das die Sterilisationspolitik in Peru mit einem interaktiven Recherche von 2013 bis 2018 aufarbeitete, <https://interactive.quipu-project.com/#/en/quipu/intro> (Zugriff 24.11.2018).

Wichterich, Christa (1995): Frauen der Welt. Vom Fortschritt der Ungleichheit. Göttingen: Lamuv.

Wichterich, Christa (1988) (Hg.): Zum Beispiel Bevölkerungspolitik. Bornheim-Merten: Lamuv.

Wilson, Kalpana (2015): The “New” Global Population Control Policies: Fuelling India’s Sterilization Atrocities. In: DifferentTakes 87, https://dspace.hampshire.edu/bitstream/10009/940/1/popdev_differentak_087.pdf (Zugriff 24.11.2018).

Wilton, Katelin (2013): “Double stigma”: Forced sterilization of women living with HIV in Kenya and Namibia. In: DifferentTakes, 80, https://dspace.hampshire.edu/bitstream/10009/934/1/popdev_differentak_080.pdf (Zugriff 24.11.2018).

Winkler, Ute (1993): Blick in den Süden. Die andere Seite der Reproduktionstechnologien. In: Fleischer, Eva/Winkler, Ute (Hg.): Die kontrollierte Fruchtbarkeit. Neue Beiträge gegen die Reproduktionsmedizin. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 135–156.

Inklusiv oder exklusiv? Die Postwachstumsbewegung zwischen Elite und Ideal

Das Ideal vom Wirtschaftswachstum geht auf die Zeit der Industrialisierung zurück, in der Entwicklung und Wachstum fast dasselbe bedeuteten: Fortschritt. Was aber geschieht in einer Gesellschaft, in der deutlich wird, dass die Ressourcen endlich sind? 1972 schrieben Donella und Dennis Meadows vom Club of Rome in „Die Grenzen des Wachstums“, dass es eine globale Katastrophe geben würde, wenn das Wachstum ungebremst weitergehen würde. Sie forderten, dass im Interesse der Menschheit eine Blickwende stattfinden müsse.

Zum Ideal vom Wachstum gehört ein Menschenbild vom homo oeconomicus, der sein privates Interesse verfolgt. Man stellte sich ihn als erwachsenen Mann vor, der über eine kleine Familie und ein überschaubares Geschäftswesen bestimmt. Doch der homo oeconomicus überblickt nur den Kreis seiner Haushalts- und Geschäftsausgaben. Seine private Kosten-Nutzen-Rechnung schließt weder unbezahlte Formen von Arbeit ein noch komplexe Gründe für Entscheidungen von Konsum oder Verzicht. Wenn aber nicht das große, globale Ganze in den Blick

genommen wird als ein Netz von Ursachen und Wirkungen, vernichten wir unsere eigene Lebensgrundlage. Dafür brauchen wir ein anderes Menschenbild: Eine andere Vorstellung von uns selbst und unserem eigenen Nutzen und Interesse. Das sind die Grundideen der Postwachstumsbewegung.

Nicht grün, sondern weniger

In Frankreich prägte vor allem der Ökonom Serge Latouche den Begriff „décroissance“, deutsch etwa „Wachstumsrücknahme“, englisch „degrowth“. In Deutschland gehören zu den wichtigsten Vertreter*innen der Bewegung Angelika Zahrt, Adelheid Biesecker, Ulrich Brand und Niko Paech. Es waren die Postwachstumsideen, die eine Erneuerungsbewegung unter den Ökos auslösten, als die Alt-68er schon längst in ihrer Altbauwohnung oder ihrem Eigenheim angekommen waren. Ein nicht kleiner Teil von ihnen fuhr regelmäßig in dem vielzitierten SUV beim Biomarkt vor. Die Postwachstumsideen waren radikal, weil sie klar formulierten, dass nicht grüner Konsum ökologisch effektiv sein kann, sondern nur weniger Konsum.

Eine zusätzliche Dynamik bekam die Bewegung durch die Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008. Diese Krise hatte eine positive Auswirkung, die alle Klimaverhandlungen und grünen Technologien nicht vermocht hatten: Die globalen CO₂-Emissionen sind damals leicht gesunken. Das war Wasser auf den Mühlen der Postwachstums-Vertreter*innen: Wer Wirtschaftswachstum will, soll sich nicht über Umweltkrisen wundern.

Die Degrowth-Pionier*innen, die auf diese Art und Weise öffentlichkeitswirksam argumentierten, hatten und haben fast ausschließlich einen akademischen Hintergrund. Diskutiert wurde in wissenschaftlichen Publikationen und akademischen Kreisen, schließlich in bürgerlich-liberalen Wochenzeitungen. Die Anhänger*innen des Postwachstumsgedankens wurden zum schlechten Gewissen der Umweltbewussten. Wie ein Stachel in der Wohlfühl-Ökoszene erinnerten sie daran, dass es die Anzahl der Flügel und bewohnten Quadratmeter, nicht aber die der Tofuwurstchen sind, die den ökologischen Fußabdruck entscheidend beeinflussen. Als dieser Stachel blieben sie aber auch in der Debatte bezogen auf eine elitäre und individualisierte Schicht, die sich den Luxus leistet, ständig um sich und die Tragweite ihres eigenen Handelns zu kreisen.

Klassismus als Umerziehung

Ein Teil der Postwachstumsbewegung läuft demnach auf mehreren Ebenen Gefahr, elitär statt inklusiv – also klassistisch – zu sein. Die Philosophin Iris Marion Young hat fünf Dimensionen von Klassismus unterschieden: Ausbeutung, Marginalisierung, Machtlosigkeit, Kulturimperialismus und Gewalt. Die Soziolog*innen Andreas Kemper und Heike Weinbach beschreiben in ihrer deutschsprachigen Einführung, wie Youngs Dimensionen des Klassismus sich in verschiedenen deutschen Alltagssituationen ausprägen – etwa durch eine Fülle an Politikerwitzen über faule Arbeitslose.

Insbesondere der konservative und der suffizienzorientierte Strang der Postwachstumsbewegung riskieren dabei, Gruppen von Menschen abzuwerten, denen sie ein Eigeninteresse und eine Konsumfixierung zuschreiben. Sie konzentrieren sich allzu oft auf die einzelnen Individuen, die sich entwickeln sollen. Damit schüren sie letztlich auf individueller Ebene dieselben Muster eines in unseren mentalen Infrastrukturen verinnerlichten neo-liberalen Wachstumsfetisches.

Von diesen Strängen innerhalb der Postwachstumsbewegung wird dabei oft die Frage nach den politischen Rahmenstellungen, die Klassenfrage, die Forderung nach Umverteilung ausgeblendet. Manche deuten sogar auf die ökologischen Nachteile von Umverteilung hin, so etwa Niko Paech. Die einzelnen, individuellen Praktizierenden werden gefeiert, die kleinen Lösungen, die Kompostklos und Tiny Houses, während soziale Gerechtigkeit in den Hintergrund rückt – und mit ihr entsprechende politische Lösungen.

Zugleich kann die Konsumkritik selbst klassistisch werden. Konsum ist die Bequemlichkeit der Reichen, andererseits aber auch ein Distinktionsgewinn für die Armen, ein Zeichen des Aufstiegs hin zu einer globalen Mittelklasse. Der weite, inklusive Blick und der asketische Konsumverzicht sind elitäre Privilegien. Menschen, die sich nicht so kleiden, nicht so reden und nicht so aussehen, als hätten sie diese Privilegien, wird unterstellt, dass sie noch der Erziehung bedürften.

Dabei sind die Geringverdienenden und Arbeitslosen die wahren Öko-Held*innen: Sie haben statistisch gesehen den geringsten ökologischen Fußabdruck. Dies wird innerhalb der Postwachstumsbewegung sehr divers diskutiert und interpretiert: Problematisch ist, dass diejenigen, die die wenigsten Ressourcen verbrauchen, kulturell so wahrnehmen, als würden



sie sich über Konsum definieren und an der „Wachstumsnadel“ hängen. Es gilt, sie zu „befreien“ oder zu „wecken“. Kaufsüchtige Primark-Kund*innen, die taube, dumme, konsumgeile Masse, sollen von den aufgeklärten Anhänger*innen des Postwachstumsgedankens wachgerüttelt und von ihrem Überfluss befreit werden. Sie sollen das Licht der Klamottentauschbörse, der Öko-Labels und des Einkochens von Früchten aus verlassenen Streuobstwiesen erkennen. Diese evangelikale Verve, arme unterprivilegierte Menschen zu ihrem Glück zu erziehen, ist paternalistisch und klassistisch.

Solidarität und Verantwortung

Zum Glück ist die Postwachstumsbewegung heterogen und wird von verschiedenen Vertreter*innen getragen, die diese unterschiedlichen Ebenen ansprechen. Vielversprechend scheinen Ansätze wie der von Ulrich Brand, die sich weniger auf das Individuum und dessen Zurechtweisung konzentrieren und mehr auf das Ganze der Gesellschaft. Solche Ansätze kommen auch aus der feministischen Ökonomie, in der Sorge- und Beziehungsarbeit, in die Kosten-Nutzen-Rechnung einbezogen werden. Diese unsichtbaren Arbeiten kommen in der üblichen Effizienzberechnung nicht vor. Das führt zu einem veränderten Verständnis von Privatinteresse, ganz im Sinne von Marx, der betonte, in welchem Maß dieses Privatinteresse gesellschaftlich bestimmt ist – und damit eben gerade nicht individualisiert. Wenn Sorgearbeit und Beziehungsarbeit gesellschaftliche Anerkennung erfahren, würden sie von selbst als Distinktionsmerkmale angenommen werden. Zugleich würde sich das Bild der „unteren Schichten“ wandeln, denn ihre Sorge- und Beziehungsarbeit bildet eine notwendige Basis für die Privatleben-Modelle akademisch gebildeter kultureller Influencer*innen. Ausbeutungsverhältnisse würden eine andere Sichtbarkeit bekommen. In die Postwachstumsbewegung hat Adelheid Biesecker diese Gedanken mit dem Konzept des „vorsorgenden Wirtschaftens“ einfließen lassen, das nachhaltig, kooperativ und kommunikativ sein soll.

Wenn die Postwachstumsbewegung also wirklich solidarisch denkt, nämlich global und klassenübergreifend solidarisch, dann hat sie auch ein Konzept von globaler Gerechtigkeit. Schließlich sind Forderungen nach Klimagerechtigkeit auch aus der De-growth-Bewegung entstanden, da der Globale Süden unter dem Klimawandel am meisten leidet. Entscheidend ist dabei, dass das Menschenbild des homo oeconomicus und seines Privatinteresses nicht durch ein Bild vom „besseren“ Menschen ersetzt wird, der mit seinem vereinzelt Handeln die Verantwortung trägt, sondern durch das Bild einer solidarischen Gemeinschaft.

Viola Nordsieck & Marius Hasenheit

Viola Nordsieck gibt das transform Magazin für das gute Leben mit heraus und forscht zu politischen und soziologischen Themen innerhalb der Kulturphilosophie. Vorträge und Workshops finden sich unter violanordsieck.net. Marius Hasenheit ist Mitherausgeber des transform Magazins, Mitarbeiter des Think Tanks Ecologic Institut und Mitglied der Genossenschaft sustainable natives eG.

Literatur

Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine (2006): Die Neuentdeckung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur Sozialökologischen Forschung. oekom, München.

Brand, Ulrich: Kapitalistisches Wachstum und soziale Herrschaft. Motive, Argumente und Schwächen aktueller Wachstumskritik. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 44/2, Juni 2014.

Weinbach, Heike/Kemper, Andreas (2016): Klassismus. Eine Einführung. Unrast, Münster.

Bundesweite Bildungsangebote der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN)

Wir bieten bundesweit In-House-Workshops zu vier Themenschwerpunkten an. Die Inhalte werden zielgruppenspezifisch aufbereitet. Alle Schwerpunktthemen können auch als Vortrag mit anschließender Diskussion gebucht werden.

Workshop 1 Rechtsextremismus und Naturschutz

Dauer: halbtägig

Der Workshop führt allgemein in das Themenfeld ein. Die Teilnehmer*innen werden sensibilisiert für die historischen und die aktuellen Verknüpfungen des deutschen Natur- und Umweltschutzes mit extrem rechten Ideologien. Der Workshop versetzt die Teilnehmer*innen in die Lage, demokratiefeindliche und menschenverachtende Ideologien und Denkmuster im Natur- und Umweltschutz zu identifizieren. Darauf aufbauend erarbeiten und diskutieren wir mögliche Handlungsoptionen im Sinne einer Prävention und Intervention.

Workshop 2 Ökologie in der Neuen Rechten

Dauer: halbtägig

Nicht nur bekennende Anhänger*innen des Nationalsozialismus, sondern auch die sogenannte „Neue Rechte“ beschäftigt sich mit ökologischen Themen. Oft werden bei ihnen rückwärtsgewandte Konzepte mit progressiven Elementen wie zum Beispiel Postwachstumsökonomie, Fair Trade und Nachhaltigkeitskonzepten verbunden. Das Seminar beleuchtet die Argumentationsweisen neu-rechter Akteur*innen und Gruppierungen und wirft einen Blick auf deren mediales Erscheinungsbild. Die Teilnehmer*innen lernen unterschiedliche neu-rechte Akteur*innen kennen und setzen sich mit deren Engagement für Natur und Umwelt auseinander. Die Teilnehmenden werden für Argumentationsmuster sensibilisiert, die auf den ersten Blick nicht so leicht als rechtsextrem erkannt werden.

Workshop 3 Natur- und umweltpolitische Themen in Publikationen der extrem Rechten

Dauer: ganztägig

Natur- und Umweltschutzthemen finden sich immer wieder auch in Publikationen von extrem Rechten. Das Engagement für Umwelt, Natur und Tier ruft in der Mehrheitsgesellschaft Sympathien hervor. So werden demokratiefeindliche und menschenverachtende Positionen und Ideen in die Mitte der Gesellschaft transportiert. Wie erkennt man Publikationen von rechten Gruppierungen? Welche Sprachbilder werden verwendet? Der Workshop befähigt die Teilnehmer*innen, rechtes Gedankengut in Publikationen zu identifizieren und den eigenen Sprachgebrauch im Hinblick auf Anschlussfähigkeiten nach rechts kritisch zu hinterfragen.

Workshop 4 „Naturschutz ist Heimatschutz“

Dauer: ganztägig

Nicht erst seit es ein Ministerium des Innern, für Bau und Heimat gibt, ist der Heimatbegriff wieder in aller Munde. Während die einen ihn gerne gegen die (extrem) Rechte verteidigt oder zurückerobert sehen würden, sagen andere, dass dieses Konzept auch in Zukunft nicht für Weltoffenheit und demokratische Prinzipien stehen wird. In der extrem Rechten finden wir den Heimatbegriff vor allem dann, wenn es um Natur- und Umweltschutz geht: „Naturschutz ist Heimatschutz“. Harmlos, oder? Der Workshop geht auf die Entstehungsgeschichte des Natur- und Umweltschutzes ein und analysiert anhand von historischen Quellen insbesondere das Konzept des Heimatschutzes als Teil der rechten Umweltideologie.

Weitere Publikationen der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN)

Rechtsextreme Ideologien im Natur- und Umweltschutz. Eine Handreichung Berlin, 2018

Wo finden sich in aktuellen Natur- und Umweltschutz-Debatten Anknüpfungspunkte für rechte Ideologien? Welche historischen Kontinuitäten gibt es? Wie können demokratische Natur- und Umweltschützer*innen dem entgegenwirken? Diese Fragen beantwortet die FARN-Handreichung an ausgewählten Beispielen. Zum Beispiel sprechen rechtsextreme Naturschützer*innen im Zusammenhang mit gebietsfremden Arten (Neobiota) oft von „Fremdlingen“, „Plage“ oder „Eroberern“. Die Botschaft dabei ist: Das Fremde bedroht die heimische Natur. Von hier ist es für rechtsextreme Naturschützer*innen nicht mehr weit zu neu-rechten Verschwörungstheorien wie etwa der „Umvolkung“. Die FARN-Handreichung, die sich vor allem an Aktive im Natur- und Umweltschutz, in der Rechtsextremismusprävention und der Kinder- und Jugendarbeit richtet, macht diese Zusammenhänge sichtbar und bietet einen ersten Einstieg in das Thema. Online abrufbar unter www.nf-farn.de/rechtsextreme-ideologien-natur-umweltschutz

Wenn Rechtsextreme von Naturschutz reden – Argumente und Mythen Berlin, 2019 (erscheint im Frühjahr 2019)

Die extreme Rechte weiß, dass Themen aus dem Natur-, Tier- und Umweltschutz sich in der breiten Bevölkerung großer Beliebtheit erfreuen und sich besser verkaufen lassen als plumpe rassistische Parolen. Rechtsextreme Gruppierungen und Akteur*innen bedienen sich dementsprechend ökologischer Themen, um ihre Forderungen in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Dabei werden manche Formulierungen harmlos verpackt und sollen die menschenverachtenden Absichten verdecken. Andere Formulierungen hingegen beinhalten ganz offen Verschwörungstheorien und nationalistische Mythen. Doch wie genau erkennt man rechtsextreme Motive? Was lässt sich diesen entgegen? Diese Handreichung gibt eine Hilfestellung für das Entlarven von rechtsextremen Denkmustern im Natur- und Umweltschutz und liefert Argumente gegen diese rechtsextremen Weltbilder.

Online abrufbar unter www.nf-farn.de/wenn-rechtsextreme-von-naturschutz-reden

Gedruckte Exemplare können bestellt werden über info@nf-farn.de (solange der Vorrat reicht).

Impressum

1. Auflage 2019

Herausgeber

Fachstelle Radikalisierungsprävention
und Engagement im Naturschutz (FARN)
c/o NaturFreunde Deutschlands
Warschauer Straße 58a/59a
10243 Berlin

info@nf-farn.de
www.nf-farn.de

Gestaltung und Satz

BBGK Berliner Botschaft
Gesellschaft für Kommunikation mbH
www.berliner-botschaft.de

Bildnachweise

S. 7: herr.g/Flickr (CC BY 2.0); S. 10/11: Survival International; S. 14: FARN; S. 18: christiankarg/
pixabay (CC0 Creative Commons); S. 21: Óglaigh na hÉireann/Flickr (CC BY 2.0); S. 26: Pexels;
S. 30: Marcus Puschner (CC BY-SA 3.0).

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar.
Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/die Autorinnen die Verantwortung.

Ein gemeinsames Projekt der



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**